

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnem. 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 22 des „Illustrirten Sonntagsblatt“ bei.

### Ueber Fleisch- und Viehzölle

Bringt die rechtsfällige nationalliberale, der Heidelbergerei völlig versallene „Elberfelder Zeitung“ einen merkwürdigen Artikel, deshalb so merkwürdig, nicht allein weil er die Fleisch- und Viehzölle auf das Schärfste verurtheilt, sondern hauptsächlich seiner höchst vernünftigen Deduktionen wegen, die derselbe über Zollpolitik im Allgemeinen enthält. Wir wollen unsere Leser nicht lange auf die Folter spannen, sondern gleich frisch darauf los zutreten. Das Blatt giebt zunächst den Liberalen Unrecht, daß dieselben, als sie die Nacht in der Geseßgebung hatten, von all' zu blindem Eifer befeelt gewesen seien, alle Zölle abzuschaffen, so z. B. den geringfügigen Eisenzoll; sie hätten der Industrie einige mächtige Konzessionen machen müssen. Aber, heißt es dann weiter, der Eifer, alle Zölle abzuschaffen, sei durch die noch tollere Wuth, den Wohlstand Deutschlands durch Ausschließung aller fremden Konkurrenz zu heben, ersetzt worden und man könne mit ziemlicher Gewißheit voraussehen, daß auch dieser Tarantellanz mit Erschöpfung und Fiasco enden würde.

Dann fährt das der Heidelbergerei und dem Fürsten Bismarck sonst so ergebene Blatt wörtlich fort:

„Die heutige Situation hat etwas Tragikomisches. Dieselben Leute, die noch vor sechs Jahren mit den wüthigsten liberalen Freihändlern alle Zölle und indirekten Steuern für den Verderb unserer Volkswirtschaft und insbesondere für den Krebschaden der Landwirtschaft erklärten, sehen heute ihre einzige Hoffnung auf die Schutzölle und messen denselben eine Zauberkraft bei, die sich über Kurz oder Lang als eine Täuschung herausstellen wird, wenn dies nicht bereits geschehen ist. Ruß schon eine derartig gewaltfame Sinnesänderung und Umkehr dem Unbefangenen bedenklich erscheinen, so kann die Ueberhebung, mit welcher jetzt diese Konvertiten auftreten, nur ein Gefühl des Bedauerns erwecken. Die zweitägige Debatte des Reichstages über die von der Volkswirtschaftlichen Vereinigung beantragte Erhöhung der Viehzölle darf als eine höchst unerfreuliche, obwohl durchaus nicht mehr ungewöhnliche Episode unseres parlamentarischen Lebens bezeichnet werden. Einer der Wortführer der agrarischen Partei sprach es eigentümlich aus, einer Begründung der Anträge bedürfte es eigentlich gar nicht mehr; ein anderer meinte, ob ein Zoll als Schutz- oder Finanzzoll wirke, er sei in beiden Fällen gleich gut; noch ein anderer, wir brauchen überhaupt

keine Einfuhr von Vieh, und in diesem Tone ging es fort. Wohl noch nie ist im deutschen Reichstage eine wichtige Debatte so leichtfertig geführt, nie sind bedeutliche Anträge mit so nichtigen, theilweise offenbar falschen Gründen vertheidigt worden, als am 20. und 21. April 1885.“

Alles das ist völlig richtig. Aber, so fragen wir die „Elberf. Zig.“, wer sind denn eigentlich „dieselben Leute“, die früher Freihändler waren, jetzt Schutzzöllner geworden sind?

In erster Linie sind es die abgeschwankten Liberalen, die sogenannten Heidelberger, denen schon früher unter Führung der Herren Schaub und Böck die sogenannte „scheußliche Völkergemeinschaft“ vorangegangen war. Dann ist es aber der Fürst Bismarck selbst, welcher die ganze Aera Delbrück-Camphausen, die ein ungezügelltes Manchesterthum repräsentirte, mit seinem Namen und seiner Stellung deckte.

Deshalb kommen uns die an und für sich so berechtigten Klagen der „Elberfelderin“ etwas unnatürlich vor. Sollten dieselben eine andere Bemerkung haben? Man hörte vor einiger Zeit, wenn von dem genannten Blatte die Rede war, oft die bekannte Reptilienglocke läuten. Sollte dieser Fond seinen Weg nicht mehr zum äußersten Westen unseres Vaterlandes finden?

Doch das ist im Grunde genommen gleichgiltig bei dieser Betrachtung. Die „Elberfelderin“ hat eben völlig recht.

Nachdem das Blatt nunmehr den merkwürdigen Bericht des landwirtschaftlichen Ministers an den König von Preußen über die Jahre 1881—1883, dessen in diesem Blatte schon Erwähnung gethan ist, besprochen hat, dem der Bundeskommissar kein entscheidendes Moment habe entgegenzusetzen können, wodurch die Nothwendigkeit der Erhöhung der Fleisch- und Viehzölle bewiesen worden sei, heißt es dann weiter:

„Wenn hiernach die bisherigen Zölle völlig ausreichend gewesen sind, um die Viehzucht in Deutschland, und namentlich die Rindviehzucht, „gewaltige Fortschritte“ machen zu lassen, so deuten gewisse Thatsachen darauf hin, daß in dieser Beziehung vielleicht sogar schon zu viel geschehen ist. Der Absatz der deutschen Rollereiprodukte entspricht kaum noch der Produktion! Durch alle landwirtschaftlichen Zeitungen geht die Klage über ein massenhaftes Angebot von Rollereiprodukten und sinkende Preise derselben. Und hier kann von einer ausländischen Konkurrenz, welche die Preise verdränge, gar keine Rede sein. Es ist die Kaufunfähigkeit des Volkes, welche die Preise brüdt! Kann man hoffen, dieselbe durch höhere

Zölle auf eingehendes Rindvieh zu befeitigen?“

Das ist ein offenes, ehrliches Wort, dem wir unbedingt zustimmen, wenn es auch, wie wir oben angedeutet haben, aus einer recht zweifelhaften Quelle stammt. Aber die Wahrheit bleibt die Wahrheit, was sie auch aussprechen möge. „Die Kaufunfähigkeit des Volkes“, welche trotz der neuen Zoll- und Wirtschaftspolitik im deutschen Volke vorhanden ist, sie ist es, sie ist es allein, welche wie ein Alp auf dem ganzen Wirtschaftsgetriebe unseres Vaterlandes liegt.

Doch hören wir das genannte Blatt noch weiter:

„Aehnliches gilt von dem Verbrauch von Fleisch. Die Bestürzter höherer Zölle auf Schweine, Schweinefleisch, Speck, Schmalz u. s. w. argumentiren, die bisherigen Zölle hätten keine Vertheuerung ergeben, und so würden auch die höheren Zölle alle derartigen Prophezeiungen zu Schanden machen. Es ist richtig, und ebenso auffällig wie richtig, daß die bisherigen Zölle sammt den Einfuhrverboten keine merkliche Vertheuerung des Fleisches hervorgebracht haben. Was aber folgt daraus? Doch nichts anderes, als daß die zahlungsfähige Nachfrage nach Schweinefleisch, Speck, Schmalz u. s. w. abgenommen hat. Wäre diese Nachfrage gestiegen oder nur gleich geblieben, so hätten bei abnehmendem Angebot (in Folge der Einfuhrbeschränkung) die Preise nothwendig steigen müssen. Also auch hier wieder zeigt sich die Abnahme der Kaufunfähigkeit im Volke als der wahre Grund des Nothstandes der Landwirtschaft. Ist dies so, wie will man hoffen, dem Uebel durch Schutzölle auf landwirtschaftliche Produkte abzuhelfen? Die Preise des Fleisches, der Milch, des Schmalzes sind den städtischen Arbeitern schon jetzt zu theuer, und nur eine Politik, welche den Arbeitslohn erhöht, könnte den Landwirthen in Wirklichkeit nützen.“

Bravo! Das ist des Pudels Kern! Und diese Behauptung ist um so wichtiger, da sie in der That aus einem der ganzen Bismarckschen Politik freundlichem Lager stammt.

Wird Fürst Bismarck einer solchen Stimme Beachtung schenken? Wird er seine „Sozial-Reform“ zu einer wirklichen Sozial-Reform erweitern? Wird er das Wort vom „Recht auf Arbeit“ zur Wahrheit zu machen suchen, was nur geschehen kann durch gesetzliche Regelung der heutigen Produktionsweise, die durch Einführung eines Maximalarbeitstages angebahnt werden müßte?

Zuerst sang eine junge Dame, Fräulein von Koltje, mit einer wirklich klaren und seelenvollen Stimme den „Erlkönig“ von Schubert; dann kam richtig Henriette, die ebenfalls eine recht hübsche, volle Stimme hatte, aber ein heiteres Lied wählte.

Fräulein von Schaller war indeß von verschiedenen Seiten gebeten worden, ebenfalls etwas zu singen. Es schien ihr nicht angenehm, sie sträubte sich wenigstens so lange, wie sie es höflicher Weise thun konnte. Endlich setzte sie sich ans Klavier, während Hans sich in ihre Nähe gezogen hatte, und sich selber begleitete, sang sie

„Das Meer erglänzte weit hinaus  
Im leuchten Abendhimmel —“  
mit einer so wunderbaren Altstimme, mit einem solchen Gefühl, daß Hans unwillkürlich die Thränen in die Augen traten und er sich abwandte, um seine Bewegung Niemandem merken zu lassen.

Dem jungen Volke waren diese Gesangsvorträge indeß keineswegs erwünscht, denn sie verzögerten nur noch immer den lang herbeigesehnten und erhofften, ja fest versprochenen Tanz; von Schaller ließ aber in dieser Hinsicht auch nichts zu wünschen übrig, denn er kannte seine Gäste gut genug. Jetzt gab er deshalb das Zeichen, das Buffet zu eröffnen, und schon während die Gesellschaft aufgefordert wurde, sich dort hinüber zu begeben und einen Imbiß zu nehmen, begann die in einem kleinen Cabinet hinter einer Gardine verborgene Musik den Marsch aus „Tannhäuser“ zu spielen, damit sich die Paare arrangiren und dem Rufe Folge leisten konnten.

Hans war noch nahe am Instrument geblieben, und da er Kathinka unfern davon stehen sah und außerdem bemerkte, wie die verschiedenen jungen Herren den jungen Damen schon den Arm boten, trat er auf sie zu und sagte freundlich: „Darf ich mir erlauben, mein gnädiges Fräulein, Sie hinüber zu führen?“

Als er sie anredete, hatte sie den Blick nicht auf ihn gerichtet gehalten, sondern mehr links, und er bemerkte, daß von dort schon jemand Anderes wahrscheinlich in derselben Absicht herbeigekommen war. Wie er flüchtig dort hinsah, erkannte er den jungen Doktor Potter, der aber natürlich

### Feuilleton.

#### Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung.)

Schaller aber sprang augenblicklich zu, erfaßte die unglückselige Fußbank und trug sie fort, während sie hartnäckig weiter spielte: „Doch führ' Dein Schiffelein klug und weise“ und in der Ferne verklangen die Töne: „Ramerad, plaudre nicht!“

Frau von Schaller war natürlich gleich auf den Hofrath zugefürt, um ihn zu beruhigen und den „unglücklichen Bassall“ zu entschuldigen; er sollte sich nur nicht stören lassen und weiter lesen — und das unselige Menschenkind hätte es auch gethan, aber es ging nicht mehr. Die Geduld der Zuhörer hatte überhaupt ihre äußerste Grenze erreicht. Das junge Volk war von seinen Sitzen aufgesprungen und plauderte und lachte mit einander, und ein Versuch, sie wieder zum Niederstehen zu bewegen, blieb vollständig erfolglos; das drängte schon herüber und hinüber, und dem Hofrath blieb in der That nichts anderes übrig, als sein schon wieder aufgellapptes Manuscript in die Brusttasche zurück zu schieben, seinen Hut unter dem Stuhle hervorzuholen und sich in die Stille des Privatlebens zurück zu ziehen.

Als Schaller wieder in den Saal kam, traf er auf Hans, der sich bei der ganzen Zwischenzene vortrefflich amüßte hatte.

„Der um Hentel.“ sagte er, „hat denn eigentlich das verfluchte Ding in Gang gebracht? Der Hofrath wird wüthend gewesen sein! Wo ist er denn jetzt?“

„Dort hinüber.“ lachte Hans, „es war kostbar! — Aber was machen die Damen dort drüben?“

Schaller seufzte, hob dann den Kopf hoch in die Höhe, fuhr sich mit dem linken Zeigefinger in die Kravatte und arbeitete darin herum, — „sie werden ein wenig musizieren wollen; ohne das geht's nicht ab.“

„Zum Tanz!“

„Vor der Hand wohl nur zum Gesang. Sind Sie musikalisch?“

„Sehr wenig, aber ich höre gern gute Musik.“

„Dann wollen wir wieder hinübergehen und unsere Zigarre austranchen.“

„Weshalb?“ lachte Hans. „Versprechen Sie sich nicht viel davon?“

„Meine Frau singt!“ sagte der Baron mit solcher Resignation, daß Hans laut auflachen mußte. Schaller war aber schon wieder hinaus, und er beschloß, jetzt ebenfalls den Anfang anzuhören.

Der ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Frau von Schaller stand richtig am Klavier, ein Notenblatt in der Hand, schob sich die Locken etwas von den Wangen — ein junger Offizier, der mit der Familie bekannt war, akkompagnirte —, und „auf Flügeln des Gesanges“ schallte mit einer schneidenden, aber außerordentlich getragenen und schwärmerischen Stimme durch den Saal — daß sie manchmal ein paar Zoll daneben hinauskam, schabete nichts.

Hans lachte still in sich hinein und sah, wie die Damen, als das Lied beendete war, sich um die gnädige Frau herumdrängten und ihr mit den aufrichtigsten Gesichtern Elogen machten. Fast unwillkürlich suchte sein Blick Kathinka. Sie stand unfern davon allein, aber ein bitterer Zug hatte sich um ihre Lippen gelegt und ihr Auge fastete am Boden. Sie mußte fühlen, wie traurig der Gesang gewesen, wie unberechtigt und gemacht jetzt all' diese Lobeserhebungen waren.

Es war etwas Räthselhaftes in dem verschlossenen Charakter des Mädchens, und Hans beschloß, ihr doch etwas näher zu treten; es interessirte ihn, ohne daß er sich Rechenschaft davon zu geben wußte weshalb, etwas tiefer in das Geheimniß einzubringen.

Der Gesang, oder vielmehr dieses Lied war jetzt glücklicherweise beendet — aber die Musik noch nicht, denn verschiedene andere Damen wurden jetzt aufgefordert, zu singen, und Hans, der die Augen überall hatte, bemerkte zu seinem innigen Vergnügen, wie Frau Oberstlieutenant von Klingensbruch ihrer ältesten Tochter Henriette heimlich einen Puff gab, damit sie doch vortreten und sich hören lassen sollte.

Wenn auch der eine Mann gar nicht die Macht hat, Alles dies zu vollenden, so hat er doch den Einfluß in Deutschland, diese Forderungen fördern zu können und einer echten volksthümlichen Sozial-Reform die Wege zu ebnen.

Ob es dies thun wird? Gut wäre es, wenn er es thäte. Große Hoffnungen aber kann man, wenn man die Vergangenheit und die Gegenwart in dieser Hinsicht betrachtet, wahrlich nicht hegen.

Das Volk aber, das arbeitende Volk muß unermüdet nach solchen Zielen streben und seinem Willen bei jeder Gelegenheit, besonders bei den Wahlen kräftigen Ausdruck verleihen.

## Politische Uebersicht.

Ueber den Schluß der Reichstags-Session verläutet noch nichts Bestimmtes. Die dritte Lesung der Zolltarifnovelle kann in etwa 8 Tagen beginnen, sie wird 3 oder 4 Sitzungen in Anspruch nehmen und kann schließlich in der zweiten Maiwoche beendet sein. Will die Regierung Weiteres nicht erlöbigen, so kann allerdings die Session vor dem Himmelfahrtstage, also am 13. Mai, schließen; soll indessen auch noch Unfallgesetz oder gar noch zu erwartendes Reichsengesetz, Börsensteuer, oder Justizgesetz-Novelle erledigt werden, so ist die Ausdehnung der Session über Pfingsten nicht zu umgehen. Beschlässe hat die Regierung noch nicht gefaßt. — Der Senatorenkonvent des Reichstags hat die Absicht, den Schluß noch vor Pfingsten herbeizuführen. (Siehe Parlamentarisches.)

Die Submissionsbedingungen für die Dampfer-Subvention sind am Mittwoch den in Betracht kommenden Interessenten mitgeteilt worden. Da die Submission eine beschränkte und keine öffentliche ist, so wird von Rechts wegen von einer Publikation der Bedingungen abgesehen. Im Ganzen kommen — so lesen wir in der „Nordd.“ — nur acht bis neun Firmen in Betracht, an welche auch die Submissionsbedingungen mitgeteilt sind. Anmeldungen, bei welchen die Leistungsfähigkeit von vornherein angezweifelt werden mußte, konnten nicht in Betracht gezogen werden. In Hamburg sollen sechs bis sieben Firmen zur Submission aufgefordert sein, in Bremen zwei. Die Frist zur Erklärung ist eine ziemlich kurz bemessene, nämlich bis 15. Mai d. S. Wie verläutet, ist nicht beabsichtigt, eine einzelne Linie an eine einzelne Gesellschaft zu vergeben, sondern, daß der Zuschlag wahrscheinlich an Denjenigen ertheilt werden dürfte, welcher auch die Voraussetzungen für die nächste Zeit noch minder rentable Linie zu übernehmen sich bereit erklärt. — Der „Hamb. Korresp.“ veröffentlicht die vom Reichskanzler aufgestellten Submissionsbedingungen und kommt dabei zu der Ansicht, daß dieselben — wenn nicht nachträglich eine erläuternde Interpretation erfolgt — erheblich vom Geetze abweichen. Das Geetz vom 6. April lautet in § 1, wie folgt: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiff-Verbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien andererseits auf eine Dauer bis zu 15 Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission einzeln oder zusammen zu übertragen.“ Dagegen heißt es in § 17 der Submissionsbedingungen: „Das Angebot hat sich auf die Gesamtheit der einzurichtenden Postdampfer-Linien zu erstrecken.“ — Das Geetz läßt also die Verteilung der verschiedenen Linien an verschiedene Unternehmer zu, nach den Submissionsbedingungen dagegen sollen nur solche Offerten angenommen werden, welche sich auf alle Linien insgesamt erstrecken. Hier liegt also — so meint genanntes Blatt — ein unzulässiger Widerspruch vor, der um so wichtiger ist, als durch diesen § 17 der Submissionsbedingungen alle diejenigen Unternehmer tatsächlich von der Konkurrenz ausgeschlossen sein würden, welche nur eine Linie in die Hand zu nehmen gewillt, resp. befähigt sein sollten. Hoffentlich erfährt dieser anscheinende Widerspruch noch eine erwünschte Aufklärung, da andernfalls von einer wirklichen Konkurrenz gar keine Rede mehr sein könnte.

Der Bundesrath hat am Donnerstag dem Auslieferungsvertrage mit Rußland die Zustimmung ertheilt. Die zweite Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung, sowie des Antrags des 6. Ausschusses, betreffend den Gesetzentwurf wegen Abänderung von Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Ein Nachspiel zur Reichstagswahl. Der Bürgermeister Alois Sprenger von Hochwang bei Memmingen hatte, anlässlich der jüngsten Reichstagswahlen in seiner Eigenschaft als Wahlvorstand für einen Wähler in dessen Abwesenheit und ohne dessen Wissen und Willen einen Wahlzettel in die Urne gelegt und den Namen des Wählers in die Wahlliste als gewählt habend vermerkt. Als dieser Wähler, ein gewisser Anton Zwiebel, später an der Wahlurne erschien, um sein Wahlrecht auszuüben, bedeutete ihm der Wahlvorstand:

augenblicklich einbog. Rathinla aber dankte ihm mit einem freundlichen Lächeln, was sie gar so lieb kleidete, und legte ohne Weiteres ihren Arm in den seinen.

Als er zur Seite schaute, bemerkte er noch immer den Doktor, der den Blick auf seine Dame gerichtet hielt, und es kam ihm fast so vor, als ob er einen ängstlichen Ausdruck in dessen Zügen entbede. Das Alles war aber nur ein Moment, denn zu einer längeren Beobachtung blieb ihm keine Zeit. Die Paare drängten herbei, neben ihm Lieutenant von Wöhren, der glücklich in Henriettens Besitz gelangt war, und Hauptmann von Dirbeck, als Bräutigam, galant mit der Dame vom Hause.

Im Buffet selber mußten aber die Herren natürlich den Damen den Vorrang lassen, das nicht geräumige Lokal wäre sonst überfüllt worden, und ein geselliges, fröhliches Leben entwickelte sich jetzt, denn es war fast, als ob dem jungen Volke ein Alp von der Brust wäre, der in der Gestalt des Hofraths auf ihnen gesessen und sie „im Schlaf gequält“ hatte.

Dem Oberlieutenant war aber ebenfalls durch die rasche Wendung, welche die Gesellschaft in ihrer Beschäftigung erhielt, ein großer Gefallen erwiesen, denn seine Gattin hatte sich schon zu ihm durchgearbeitet gehabt, um ihm heimliche, aber mit Dolchbliden begleitete Vorwürfe über sein vollständig taktloses Benehmen bei der Vorlesung zu machen. Darin wurde sie jetzt gründlich gestört, und der Oberlieutenant bot in seiner Verzweiflung, um nur rasch von ihr los zu kommen, der ersten besten Dame, der alten Frau von Nolze, seinen Arm. Wie man sich in der Stadt boshafter Weise erzählt, hatte gerade diese Dame die schärfste Zunge im ganzen Umfange des Reiches, aber er brauchte sie ja auch nur bis zur Thür zu führen, und bis dahin hielt er's aus — er konnte überhaupt noch eine schärfere Zunge im Reich.

Hans hatte indessen für seine Dame (der Oberlieutenant vernachlässigte die seine gründlich) einen Platz an einem der kleinen, jetzt rasch von den Lohnbedienten arrangirten Tische reservirt, wo sich noch andere junge Paare zu ihnen fanden. (Fortsetzung folgt.)

er habe das nicht mehr nöthig, er, der Wahlvorstand, habe schon für ihn gewählt. Sprenger wurde von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen „Vergehens in Bezug auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte“ zu 1 Monat 15 Tagen Gefängnis verurtheilt. — Die Strafe ist nicht gerade hoch bemessen worden, doch ist es immerhin gut, daß derartige Fälle zu Ruß und Frommen an die Deffentlichkeit gelangen, da wir die Ueberzeugung haben, daß solche oder ähnliche Fälle, besonders in Landgemeinden sehr häufig vorkommen und straflos bleiben, da kein Kläger vorhanden ist.

Zum russisch-englischen Konflikt. Daß die russische Regierung nicht auf die Forderung der englischen, den General Komaroff zur Rechenschaft zu ziehen, eingehen würde, war vorausgesehen. Die Antwort auf das diesbezügliche englische Verlangen ist nunmehr in London eingetroffen. In demselben wird in Abrede gestellt, daß die Russen die Angreifer waren und behauptet, daß es eigentlich die englischen Offiziere gewesen seien, welche die Afghanen zu dem Vorrücken gegen die russischen Stellungen bewogen hätten. Die russische Regierung verzieht es also vortheilhaft, den Spieß umzudrehen. Daß die englische Regierung diesen Fall nicht mehr weiter zu berühren gedenkt, geht aus ihrem Verhalten zur Genüge hervor; es ist in der That heute bereits gleichgültig, ob die Russen oder die Afghanen die Angreifer waren, die Thatfache ist längst durch weitere Ereignisse überholt. Das von dem englischen Grenzkommissar nach London gesandte Telegramm, welches den Vormarsch der Russen auf Herat ankündigt, hat sich glücklicherweise als unrichtig herausgestellt und ist bereits von Lunden demontirt worden. Die Bestätigung des Gerüchts hätte vielleicht die sofortige Entsendung der Kriegsmarine herbeigeführt. — Die Rüstungen nehmen indessen ihren Fortgang, sowohl in Rußland als in England. In London eingetroffene Privattelegramme melden, daß die russische Regierung die sofortige Mobilisirung der Südarmer, wodurch 200 000 Mann disponibel werden, sowie die theilweise Mobilisirung der übrigen russischen Armeen anordnet. — Die „Koslawer Zeitung“, ein sehr einflußreiches russisches Blatt, sagt in einer ihrer letzten Nummern, wenn England den Krieg nicht wolle, so müsse es Port Hamilton räumen, andernfalls sei Rußland genöthigt, mit der Besetzung von Herat zu antworten. Die „Kosl. Ztg.“ glaubt, die Frage, ob der Friede erhalten bleiben oder Krieg ausbrechen werde, müsse sich in diesen Tagen entscheiden. — Aus London wird berichtet, daß die Rüstungen bereits zum aktiven Dienst auf ihre Stationen dirigirt wurden. Eine Depesche von Suakin besagt: Die Marinesoldaten gehen morgen nach England, um auf ihren Schiffen in Dienst gestellt zu werden. „Mar“, ein sehr starkes Panzerschiff, hat Befehl erhalten, am Donnerstag in See zu stechen; die Bestimmung des Schiffes wird geheim gehalten. — Interessant ist eine Meldung aus Vladivostok, einem russischen Hafen in den japanischen Gewässern: Als in dem dortigen Hafen Mitte April die russische Fregatte „Monomach“ einlief, wollten derselben sechs englische Schiffe, welche ihr bisher schon ein unliebsames Geleite gegeben, auf die Rheide folgen. Die russische Behörde gestattete das aber nicht, da im Hinblick auf den russisch-englischen Konflikt die Einfahrt bereits minirt sei.

## Holland.

Im Jahre 1874 war, hauptsächlich auf Betrieb des Abg. v. Houten, ein scharfes Geetz gegen die Kinderarbeit zu Stande gekommen; die scharfen Bestimmungen dieses Gesetzes führten öfters zu Verurtheilungen der Unternehmer und sonstiger Ausnager der Kinderkräfte. Darob groß Besorgniß im Lager der Fabrikanten und ihrer Helfersbelfer; alle Hebel wurden angelegt, um dieses „fatale“ Geetz zu beseitigen. Dem vereinten Willen ist es denn auch gelungen, den Gesetzgebern die „Ueberzeugung“ von der Nothwendigkeit einer Milderung beizubringen. Der Kammer liegt gegenwärtig ein Entwurf vor, der mit dem bestehenden Geetz nur noch den Namen gemein hat. Zwar ist der Grundtag des früheren Gesetzes, Schutz des jugendlichen Alters gegen jeden Mißbrauch, auch in dem neuen Entwurfe beibehalten, denn Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht länger als acht, solche unter 16 Jahren nicht länger als zehn Stunden des Tages zur Arbeit angehalten werden; erstere Klasse muß nach vierstündiger, letztere nach fünfständiger Arbeit eine Ruhepause von wenigstens zwei Stunden haben. Aber Art. 2 des Entwurfes bestimmt, daß in der Erntezeit während sechs Wochen auf Ansuchen des Gemeinderaths der Ausschuh des Provinziallandtages die Verbotbestimmungen suspendiren kann. In jedem Falle aber ist es verboten, Kinder unter 16 Jahren des Sonntags arbeiten zu lassen; eine Bestimmung, die eigentlich überflüssig genannt werden möchte, wenn das die Sonntagsarbeit überhaupt verbietende Geetz etwas mehr als ein todtler Buchstabe wäre. — Also 8 Stunden mehr können die holländischen „Kinderfreunde“ im Jahre 1885 doch wirklich nicht verlangen!

## Frankreich.

Die Wahlbewegung in der Hauptstadt und der Provinz hat bereits begonnen. Eine vorderritende Wahloersammlung

fand letzten Sonntag im ersten Arrondissement statt. Dieser Tage wird eine von einigen Pariser Deputirten vorbereitete Versammlung stattfinden, in welcher eine einzige republikanische Liste mit einem allgemeinen Programm für das Seine-Departement aufgestellt werden soll. An die Spitze sollen Clemenceau und Floquet gesetzt werden, die als Vorbild dienen sollen, damit die Pariser nach diesen dann auch für die übrigen vorgeschlagenen Kandidaten, wie Ranc, Spaller u. s. w. stimmen. — Die Herren Republikaner a la Gambetta sind bereits so sehr in Mißkredit beim Volke, daß sie es nicht mehr wagen, ihre werthen Namen unter ein Wahlprogramm zu setzen; sie wollen also die weiter links stehenden Herren Clemenceau, Floquet u. A. zu ihren Zwecken ausnutzen. Ob sich genannte Herren zu diesem unsauberen Spiele hergeben werden, darüber verläutet noch nichts. Es läßt sich indessen wohl kaum annehmen, daß sich das französische Volk und namentlich die Pariser durch derartige Manöver täuschen lassen; hoffentlich werden die Wähler weder Gambettisten, noch die Herren Clemenceau und Geroffen, sondern Männer wählen, welche Willens sind, ihre Interessen nicht nur der Form, sondern auch der Wirklichkeit nach zu vertreten.

Die Prätendentenfurcht scheint zur Zeit wieder an der Tagesordnung zu sein. Es ist gewiß ein schlechtes Zeugniß für die französische Republik, daß sie nach 14 jährigen Bestehen noch Ausnahmemaßregeln gegen die sogenannten „Prinzen“ in Anwendung bringen muß. Wenn die Herren Republikaner natürlich nichts Besseres zu thun wissen, als Prätendenten und Millionen zu verpulvern, so dürfen sie sich doch nicht wundern, daß das Volk ihr Treiben satt hat. Freilich wird es vom Regen in die Traufe kommen, wenn irgend ein Prätendent zur Herrschaft über das schöne Frankreich gelangt sollte. Der etwas antichrige „Figaro“ behauptet, daß die Abtreibung der „Prinzen“ beschlossene Sache sei. Einige Mitglieder der Familie Orleans wollen es auf Anwendung der Gewalt gegen ihre Person ankommen lassen.

In Tonkin geht Alles gut. Die Chinesen beginnen den Rückzug über die Grenze. Langsong ist bereits von ihnen geräumt und von den französischen Truppen besetzt worden.

## Italien.

Die wegen der Unruhen in der Provinz Mantua von Gericht gezojenen Landarbeiter sind wegen „Arbeits-einstellung zum Zweck der Lohnerhöhung“ zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Monaten verurtheilt worden. Andere Verurtheilungen des Geetzes hat der betreffende Gerichtshof nicht aufzuweisen vermocht. Das italienische Strafgesetzbuch hat noch die uralten Bestimmungen, wonach einfache Arbeitseinstellung ohne Bestimmung vertragsmäßiger Verbindlichkeiten und ohne Gewaltthätigkeiten bestraft werden kann. Die Verurtheilung der in den denkbaren erbärmlichsten Verhältnissen lebenden Landarbeiter hat die Bewegung gegen diese verrotteten Bestimmungen auf Neue belebt, die unabhängige Presse fordert einseitig die Beseitigung. — Wie sehr die Verhältnisse der Landbesitzer Italiens im Argen liegen und wie andererseits mit der größten Rücksichtslosigkeit auf Kosten dieser Armen gewirthschaftet wird, zeigt ein Vorgang, der sich vor Kurzem in dem Orte Ortona abspielte. Schon seit Jahren waren die Finanzen dieser Gemeinde im schlimmen Zustand; trotzdem wurde lustig drauf los gewirthschaftet, die Angestellten waren sehr gut bezahlt, arbeiteten aber um so weniger; einem Gymnasium, das der Ort besaß, wurden 6000 Lire jährlich zugestellt, und die Herren Orts-Regenten lebten lustig und in Freuden! Als sie jedoch kürzlich die Steuerfährde noch mehr anziehen wollten, da sich den Bauern der Geduld faden, und dieselben riefen 5000 bis 6000 Mann hoch gegen das Gemeindegewalt. Die wenigen Carabinieri waren gegenüber dieser tobenden Menge ohnmächtig, und in kürzester Zeit war das Gebäude in Flammen aufgegangen. Glücklicherweise hatten die Beamten alle Fluchtwege gegeben, sonst wäre es ihnen schlimm ergangen.

## Großbritannien.

Der vorgestern abgehaltene Ministerrath, der sich in erster Linie mit der afghanischen Angelegenheit beschäftigte, beschäftigte sich auch mit irtischen Angelegenheiten, insbesondere mit der Frage bezüglich der Erneuerung der Ausnahmemaßregeln in Irland, worüber, wie verläutet, Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts herrschen. Lord Spencer (Vizekönig von Irland), der auf ausdrücklichen Wunsch Gladstone's an dem Konfessibelnahm, wurde zu Rathe gezogen, ob es thöricht sein würde, einen Theil der in Irland stationirten britischen Truppen im Falle des Ausbruchs eines Krieges zwischen England und Rußland von dort zurückzuziehen. Ueber die gefaßten Beschlüsse verläutet noch nichts.

Die Nachricht von dem Vormarsch der Russen auf Herat und die Besetzung von Mutschal durch dieselben, welche von dem Grenzkommissar Lunden demontirt. Die Nachricht hatte begreiflicher Weise große Erregung hervorgerufen, wurde aber bezüglich ihrer Richtigkeit von Gladstone sofort in Zweifel gestellt.

## Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Duz.

(Fortsetzung.)

„Nur die Furcht, meinen Vater zu tödten, bewog mich, nachzugeben und einer Andern die Ueberwachung meines unglücklichen Vaters zu überlassen. Ich hätte es gewiß trotz Allem nicht gethan, wenn ich nicht die Hoffnung gehabt hätte, daß das Uebel allmählich schwächer aufträte, und endlich gänzlich von ihm weichen würde; der schnelle und leichte Verlauf vor einem Jahre und vor zwei Jahren berechtigten mich zu dieser Hoffnung. . . Nun ist es doch geschehen. . . Sie wissen nicht, Herr Doktor, daß ich, obwohl ich das Zimmer meines Vaters nicht betreten habe über ihn gewacht habe; in den Zimmern, die an den Korridor grenzen, der zum Kreuzgange führt, habe ich die Richte wachend zugebracht, die Thür nur angelehnt, und horchend dagesstanden, um sein Fortgehen zu verhindern, für den Fall, daß die Krankheit diese Höhe erreichte. Ohne die unglückliche Krisis von gestern, welche mir alle Kräfte raubte, und mich völlig ohnmächtig auf das Lager warf, so daß ich an dem letzten Abend unfähig war, mich zu erheben, würde ich noch jetzt einzig und allein um dieses fürchterliche Geheimniß wissen. . . Der Zufall wollte es anders! Er hat die Ehre unserer Familie in Ihre Hände gelegt! . . . Ich könnte Sie bitten und beschwören mein Herr, mir ein feierliches Versprechen zu geben, niemals und Keinem etwas von dem zu offenbaren, was Sie hier gesehen haben.“

„Sie dürfen mir vertrauen, gnädige Gräfin.“

„Ich vertraue Ihnen auch, Sie werden das Geheimniß bewahren, weil es Ihre Pflicht ist. . . Aber ich wünsche noch mehr von Ihnen, Herr Doktor.“

„Sprechen Sie, gnädige Gräfin, ich werde jedem Ihrer Verlangen nachkommen.“

„Herr Doktor, mein Rnth übersteigt meine physischen Kräfte; ich breche unter der Last zusammen; ich bedarf der Hilfe des Rathes. . . Wollen Sie mein Freund sein?“

Fritz erhob sich sehr bewegt.

„Gnädigste Gräfin,“ sagte er, „ich nehme ihr Anerbieten mit Erkenntlichkeit an. Ich kann ihnen mit Worten nicht ausdrücken, wie sehr ich mich durch dieses Vertrauen geehrt fühle; aber doch muß ich bitten, daß Sie mir eine Bedingung gestatten.“

„Welche, mein Herr?“

„Daß ich das Recht habe, alle Verpflichtungen, welche das Wort „Freund“ auferlegt zu übernehmen.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Sie haben mir einen Theil des Geheimnisses, das auf ihrer Familie lastet, erklärt, ich muß dieses Geheimniß um jeden Preis ganz ergründen; ich muß auch das wissen, was sie mir verschweigen zu müssen glauben. Zunächst müssen wir sehen, jenes Geheimniß in unsere Gewalt zu bekommen; wir müssen wissen, was sie ist, was sie will, woher sie kommt.“

„Ach,“ antwortete Agathe, „das ist eine traurige Nothwendigkeit. Ich fürchte, Herr Doktor, Sie machen dadurch die Sache noch schlimmer.“

„Wiefern?“

„Die Krankheit meines Vaters ist so beschaffen, daß sie dann am heftigsten und sein Zustand dann am bedenklichsten ist, wenn jene Frau sich in der Nähe des Schlosses befindet, ohne daß er Gelegenheit hat, sich ihr zu nähern. Jedes mal, wenn diese nächtliche Zusammenkunft stattgefunden hat, bessert sich der Zustand meines Vaters; er pflegt dann die allmähliche Genesung zu beginnen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn er während der Krankheitserfahre, daß ihr ein Leid geschehen wäre, oder auch nur von ihrer Ergriffung erfahre, er einen Rückfall bekommen würde; und dieser Rückfall müßte ihn tödten.“

„Das ist noch sehr die Frage, und ob das der Fall ist oder nicht, das werden wir erfahren, sobald wir sie in unserer Gewalt haben. Ich kann, wenn ich das Geheimniß ganz weiß, meine Maßregeln treffen, kann beurtheilen, es mehr gerathen ist, sie in Freiheit zu lassen, oder sie durch Entfernung aus der Nähe des Schlosses zu Ende zu machen, ob vielleicht die Ergriffung selbst bestimmt, künftig die Nähe des Schlosses zu meiden.“

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des Reichstages schloß, in dieser Woche die heute (Freitag) auf der Tagesordnung stehenden Besitze in erster und zweiter Lesung zur Abstimmung zu bringen und ebenso, wenn noch Zeit bleibt, das Gesetz betreffend die Versicherung der Arbeiter des Transportwesens. Am Montag wird in die Beratung des Böhmerengesetzes eingetreten werden. Zwischen der zweiten und dritten Lesung sollen die kleineren Gesetzentwürfe sowie die Beratung des Transportgesetzes abgeschlossen werden. Am Montag über 8 Tagen soll dann die dritte Lesung des Reichstages beginnen. Danach bestände bei dem Seniorenkonvent die Absicht, den Schluß der Session vor Pfingsten abzuschließen. Ueber die Stellung der Reichsregierung zu der Frage verläutet noch nichts, nur so viel ist bekannt, daß die Reichsregierung bisher großer Wert auf die völlige Zustimmung des Reichstages vorgelegten Materials, namentlich der Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter gelegt worden ist.

Lokales.

1. Photographische Studien. Das Antlitz ist der Spiegel der menschlichen Seele. In diesen Spiegel blickt das Auge der Welt und urteilt nach dem Eindruck, den sie daraus empfängt. Ist es gleich mißlich, vom dem äußeren Schnitt des Antlitzes, von seiner bleibenden Form Rückschlüsse auf den Charakter eines Menschen zu machen und sind es auch sehr oft die Augenblicke, die daraus gezogen werden, — die Welt steht nun einmal auf Neugierlichkeiten und hat sich zu oben gedachtem Zweck die Photographie, diese getreue Nachbildnerin der Natur, dienstbar zu machen gewußt. Die Photographie (das Porträt) spielt demzufolge eine wichtige Rolle im menschlichen Leben und ist im geschäftlichen Verkehr bereits zum notwendigen Uebel geworden, das gleich einem Krebsbissen immer weiter um sich greift. Die ideale Seite der Photographie, die Gestalt und Blüte einer geliebten oder befreundeten Person dauernd zu festhalten und auch den Entferntesten zu vergegenwärtigen, muß immer mehr der realen, der Nahrungsmittel für materielle Zwecke werden. Die Poesie, welche die Photographie umweht, wie sie von den Zimmerwänden herab, aus Photographie-Albums herab sich umstrickt, zerfließt in nächste Prosa durch die moderne Praxis, wie der Fadenlauf auf den Sammelbüchern des in Blumenbüschen gaulenden Schmetterlings entgegengesetzt wird von der Hand des unverständigen Kindes. Die Photographie verliert an idealem Werth und — kommt an realer Bedeutung. Die Photographie wird heutigen Tages den verschiedensten Geschäftszwecken nutzbar gemacht; und wenn man allenfalls auch noch eine „dämonische Poesie“ am „Berthaler-Album“ zu erkennen will, auf anderen Gebieten hat die Photographie durchaus keine ideale Mission mehr zu erfüllen und findet dieselbe nur noch Verwendung als Mittel zum Zweck. Und der Zweck heiligt ja bekanntlich die Mittel. Eine hervorragende Rolle spielt die Photographie auf dem Gebiete der Geschlechtskunde, die ja heut zu Tage fast nur noch geschäftsmäßig betrieben werden, und vielfach ist eine Photographie der Schläffel, welcher die verschlossene Pforte zu Hyman's Parnassus erschließt. Ein Geistesstandbild, durchdrungen von der Wahrheit, daß es nicht gut ist, daß der Mensch allein sei, wenn es aber an Damenbelantheit fehlt, würde auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen, wenn er in alle Seelenpiegel der Länder des Landes indistincte Blicke werfen wollte, um die ihm passende Lebensgefährtin zu erspähen. Diese Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwinden läßt ihn die Photographie. Ein Extraktgeßel in eine Zeitung eingerückt — und Duzende von Säulen, vielleicht der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Erbe — stellen ihm bereitwillig ihr Kontext zur gefälligen Ansicht zur Disposition. In aller Gemüthlichkeit kann er nun in den eingelaufenen Photographien, physiognomische Studien treiben und sich diejenige herausuchen, aus deren Zügen er diejenigen Charaktereigenschaften herauszulesen glaubt, welche ihm begehrenswürdig erscheinen. Probatum est! Eine solche hervorragende, dominierende, ja geradezu tyrannische Stellung hat sich die Photographie in Theaterkreisen zu erworben gewußt. Eine Engagementsvermittlung ohne Photographie ist absolut undenkbar. Auf den ersten Blick mag dies vollkommen gerechtfertigt erscheinen, indem gerade die darstellenden Künstler und Künstlerinnen mehr, wie jeder Andere persönlich, in die Erscheinung zu treten haben, doch stehen gerade ihnen alle irdischen Hilfsmittel zu Gebote, etwaige Unvollkommenheiten auszugleichen und etwaige Vollkommenheiten noch zu erhöhen, daß gerade bei den Bühnenkünstlern auf ein „angenehmes Neuzere“ sehr wenig Gewicht gelegt zu werden braucht. Und eine Sängerin, eine Tänzerin, einen Komödianten auf ihre Fähigkeiten hin nach der Photographie beurtheilen zu wollen, ist zum mindesten naiv. „Dretter“ sollen die Welt bedeuten, oder, da sie einmal beim Spiegel sind, die Bühne soll das Leben widerspiegeln. Sehr häufig ist es aber gerade

umgekehrt der Fall. Die Bühne spiegelt nicht das Leben, sondern das Leben spiegelt die Bühne wider. Die Sitten und Unsitte der Bühne finden zahlreiche Nachahmer und mit anderen Korruptionen ist auch die Photographiewuth in's praktische Leben übergegangen. Bereits sind viele Gesellschaftskreise von dieser Manie angefallen, Erzieherinnen, Kammerfrauen und sonstigen, männlichen wie weiblichen, irgend welche gesellschaftliche Stellungen beanspruchenden Personen werden Photographien abverlangt; ja, wer sich die Mühe nimmt, die Zeitungen zu studiren, der wird finden, daß schon von Kaufleuten und Gewerbetreibenden Photographien eingefordert werden. Wenn das so fort geht, kommt es schließlich dahin, daß überhaupt jedem Stellungsuchenden seine Photographie abverlangt wird und daß die Photographie einfach an die Stelle der Zeugnisse tritt. Doch ganz abgesehen von der Absurdität, aus dem Neuzere eines Menschen auf dessen Qualifikation für irgend etwas schließen zu wollen, so hat ein solcher Photographiewang zwei sehr große Härten, indem erstens die Entscheidung desjenigen, der über die Befugung einer Stellung zu verfügen hat, in hohem Maße beeinflusst wird, und zweitens der Stellungsuchende zu einer unter Umständen bedeutenden Ausgabe gezwungen wird, die ihm wohl manchmal schwer fällt, denn zu einem amerikanischen Schnellphotographen kann er in solchem Falle unmöglich gehen. — Fragen wir uns nun: Was ist diese Photographie-Unsitte? — Eine Modetollheit, die, wenn sie ausgetobt hat, wieder verschwinden wird. Doch gut' Ding will allerdings Weile haben.

Monate lang hatten die „Werberschen“ tagtäglich Berlin ihren Besuch ab. Auf wenige Tage im Jagde beschränkt sich die Gegenwart. Denn aber wird sie gleich in imponirender Weise bewirkt. So oft die dunkelrothen Bläse an den Anschlagssäulen das Einstellen von Extrajagen zur Baumbilthe melden, beweist die Ankündigung ihre Bauberkraft. Denn inmitten der heißen Ausdünstungen des Alpkalypsoflasters und der von den Mauern zurückprallenden Sonnenstrahlen haben wir uns den Sinn für die Schönheiten der Natur bewahrt. In der armseligsten Gasse der ärmsten Quartiere findet man einen wohlgepflegten Blumentopf und der längliche Verdienst muß reichen, um das Futter für einen Kanarienvogel zu bestreiten. Am Freitag wanderten 6000 Berliner nach Werder. Die Obstkammer Berlins ist auf solche Massenwanderungen nicht gut eingerichtet. Man sagt dort, daß es sich nicht lohnt, große dauernde Vorkehrungen für die Benutzung während weniger Tage zu treffen. Und so muß man sich denn an dem bescheidenen Empfange genügen lassen. Vor das Vergnügen haben die Götter bekanntlich den Schweiß gesetzt. Ein halbstündiger Marsch durch eine schattenlose Sandwüste — und welch' ein Sand! — sorgt dafür, daß diese alte Wahrheit nicht in Vergessen gerathe. Wohl lohnt sich schließlich die Mühe, wenn man's gut getroffen, wenn über Nacht nicht ein heftiger Nordost die Bäume geschüttelt und die Blütenstodden über die Erde verstreut hat. Ein solches Hausen ging in der Nacht zum Donnerstag vor sich. Für heuer also ist's vorbei mit der Herrlichkeit. Aber während der drei Tage, die die Bläse in voller Entwicklung stand, vermochte das trumene Auge sich kaum satt zu sehen an dem Wunderanblick. Ein Blütenmeer so weit das Auge reicht, zwischen die weißen Kirchselder schoben sich die dunkelrothen Streifen der Aprikosen-Alleen, die rosig angehauchten Apfelblüthen und die wieder in anderen Farben-Kuanzen sich schimmernden Pfirsiche weiteten an märchenhafter Schönheit mit einander. Wenn ein leiser Luftzug darüber hinweg huscht, dann bekommt auch das Blütenmeer Leben und wenn die Wärme die Wipfel schüttelt, dann ist's, als ob ein duftiger Sänerfall sich ergübe. Von Jahr zu Jahr vergrößert sich dies Meer. Es ringt der Heide und dem Ackerlande ringsum neue Strecken an. Selbst der Weinbau, der wie überall in der Mark hier gepflegt wurde, wird auf das Astenheil gesetzt. Er muß es sich gefallen lassen, daß man ihn schonde behandelt. „Wir machen uns wenig daraus, denn er reißt nicht aus und wir können mit Ungarn auf dem Berliner Markt nicht konkurriren, aber wir können die Blätter gut gebrauchen, die Pfirsiche einzuwickeln.“ Und so reißt sie denn die Reben aus der Erde, die Undankbaren. Uns aber erfüllt die guten Werberschen mit Stolz. Den Rimen der Obstkammer Berlins haben sie längst überholt. Werder ist heute die Obstkammer eines Theiles Europas. Wenn der Ausfall der Ernte sich überschauen läßt, dann erscheinen in dem hellen und freundlichen Städtchen an dem Havelsee nahezu ein Duzend Hamburger Großhändler und kaufen die Frucht auf dem Mark, wie man das Getreide auf dem Galm kauft. Und wenn, lange vor dem ersten Brauen des Morgens, die modernen Weiber den Dampfer besteigen, und die angehängten Schleppläche die tausende und abertausende von „Lienen“ nach Berlin bringen, dann gehen, wie die „Nat. Bzg.“ schreibt, gleichzeitig ungeheure Quantitäten von süßen Kirchen über den Kanal nach England und über den Belt nach Norden, selbst die urgermanischen Äpfel müssen es sich gefallen lassen, jenseits der Bogen als „Pome d'Italia“ verpackt zu werden. Bestimmte Biffen über den Umfag lassen sich nur schwer geben. Von Jahr zu Jahr wechselt der Ertrag, je nach der Gunst des

Himmels, aber in einem guten Jahre wurden 4-6 Wochen hindurch Tag für Tag je 8000 Lienen süßer Kirchen allein nach Berlin und eben so viel nach außerhalb geliefert. Schwächer wird nur die saure Kirche gezogen. Sie ist das Aushendbrot und an die staubige Landstraße verbannt. Der kleine Ort zählt jetzt 5000 Einwohner. Reichlich 4000 ernähren sich durch den Obstbau, auf die Andern entfällt die Arbeit in den vier großen Brauereien, die den Nahrungsquell der Berliner Aemmen repräsentiren, und auf die zahlreichen Plebeien, deren Schornsteine sich am See zum Himmel recken. Es berührt angenehm, daß gleich am Eingang des Ortes ein Schulpaß den Fremden begrüßt. Ein Palast in des Wortes wahrster Bedeutung, sollte in monumentalem Styl und in Rohbau ausgeführt. Allerdings ist's nur eine Volksschule. Wer höher hinaus will, geht die Jungen und die Mädchen nach Potsdam in die Pension. Aber geschäftliches Leben sucht man hier vergebens. Nur was unentbehrlich ist, findet sich — die Schönen Werbers rechnen dazu anscheinend auch blonde und schwarze Flechten und Jopfe, die sich in einem Schaufenster anmuthig präsentiren. Diese Geschäftlosigkeit hat aber ihren guten Grund. Und er ehrt unsere Freunde in hohem Maße. „Wir schulden Berlin viel“, sagen sie, „und deshalb wollen wir ihm nicht vorbeigehen.“ Wenn dann der Schluß der Saison kommt und sie den Ruin überschlagen können, dann nehmen sie auf der letzten Fahrt die Vorräthe für den Winter mit. Männlich Säcke voll Kaffee und Zucker, Alles was zu einem guten Schmause gehört und in der Speiskammer nicht verdirbt, aber auch Biertrah für das Haus und Auy für den Sonntag. Es ist eine Freude, dies arbeitsame Volk zu sehen, das in unermüdlicher Arbeit, in mäßiger Geduld dieser Sandbüchse Schätze abrinnt. „Wir haben hier kein Proletariat“, sagte mit Stolz der intelligente Besitzer des ersten Gasthofes, „und es fallen der Stadt nur wenig Arme zur Last“. Und als auf dem Wege zum Bahnhof zwei Wägen, in welche Esel gespannt waren, an uns vorübertrabten, da meinte er auf eine verwundete Frage: „Vor Jahren hatten die meisten Leute hier nur Fiehhunde, mit der Besserung der Verhältnisse schafften sie sich Esel an und heute sind auch diese wieder von den Pferden verdrängt.“ Natürlich steigt der Werth des Grundeigentums außerordentlich. Der Morgen ungebauten Sandes kostet 1500 Mk., der gepflegte und bestellte Morgen zwischen 2000 und 2500 Mk. — Mit Staub überschüttelt, mit schwärzlichem Sande gepudert, mit brennender Kühle und mit tiefem Sehnen nach einem kühlenden Bade verlassen wir diese Gartenstadt. Aber die kleinen Unannehmlichkeiten sind bald vergessen. Die Erinnerung verweilt gern bei der Tächtigkeit jeder und bei harter Arbeit fröhlicher Menschen. Nur ein Wunsch sei zum Schluß ausgesprochen. Vielleicht bringen es diejenigen, die auf dem Wege der Association einen Dampfer erbaut haben, auch dazu, durch gemeinsames Handeln ein halbes Duzend große, weithin sichtbare Wegweiser zu errichten. Auch die vorstehenden Erfahrungen konnten nur gesammelt werden, nachdem über die notwendige Wanderung durch die Sandwüste hinaus noch eine halbstündige ermattende Fartfahrt g folgt war.

Wie es einem Ausgewiesenen geht. Der aus seinem Prozeß in Breslau bekannte Zigarrenmacher Windhorst hatte, nachdem er seine Heimath in Folge der Ausweisung verlassen, nach vielen Sorgen und Kämpfen es ermöglicht, in Rathenow Arbeit zu finden.

Seit dem 13. d. M. dort bemüht, seine Existenz zu begründen, wurde ihm am 27. d. M. nachfolgender, vom 24. April datirte Verfügung zugestellt:

„Da Sie nach mir gewordener Mittheilung durch Erkenntniß des königlichen Landgerichts zu Breslau vom 30. September vorigen Jahres wegen Vergehens wider die öffentliche Ordnung und wegen Vergehens gegen das Gesetz über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie bestraft worden sind und in Folge dessen durch Sie die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist, so wird Ihnen hierdurch auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Aufnahme neuer anziehender Personen vom 31. Dezember 1852 der Aufenthalt in der Stadt Rathenow, Kreis Westhavelland, untersagt und Ihnen gleichzeitig aufgegeben, die Stadt innerhalb 3 Tagen zu verlassen.“

Bei etwaiger Zuwiderhandlung gegen vorstehende Anordnung haben Sie in Gemäßheit des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. September 1853 eine Geldstrafe von 300 Mark, an deren Stelle im Falle des Unvermögens eine Haft von 4 Wochen tritt, zu gewärtigen.

Der Regierungspräsident v. Neefe.

An den Zigarrenmacher Johann Windhorst zu Rathenow.“

2. In Bezug auf die Errichtung elektrischer Beleuchtungsanlagen geht uns folgender Vorschlag zu: Es heißt, stellt sich die elektrische Beleuchtung nur dadurch theuer, daß die Anschaffung der Maschinen zur Kraftzeugung und ebenso die Spreijung der Kessel mit bedeutenden Kosten verknüpft ist. Sollte es sich da nicht empfehlen, besonders bei einer projektirten Beleuchtung desentrums von Berlin mit

Habicht sah ihn mit großen Augen und mit offenem Munde an.

„Und weshalb glaubst Du das, Fritz?“

„Ich bin halb und halb davon überzeugt.“

Beide schwiegen. Die Pferde, welche sie während dieser Unterredung zu langsamem Gange genöthigt hatten, schüttelten die Köpfe und stampften ungeduldig mit ihren Füßen den Schnee, als ob sie ebenfalls an dieser Expedition Gefallen fanden, und dieselbe möglichst zu beschleunigen wünschten.

Naz gähnte vor langer Weile und wand seinen Körper schlängelnd hin und her, indem er seinen Herrn anblickte, als wollte er fragen: „Warum geht's denn nicht schneller?“

Habicht aber blieb noch in Gedanken versunken und hielt sein Pferd zurück. Die Hand ruhte auf seiner Flinte. Plötzlich begann er sich indeffen, warf sie zurück auf seinen Rücken und rief:

„Run meinnetwegen, laß uns versuchen, sie lebendig zu fangen diese Hexe. Wir wollen Handschuhe dabei anziehen, wenn es sein muß; aber ich sage Dir, Fritz, das wird nicht leicht sein.“

„Wäre es eine leichte Aufgabe, welches Verdienst hätten wir dann davon? Dann hätte ich Dich nicht dazu ausersehen.“

„Das ist Alles recht hübsch gesprochen, Fritz; aber wenn wir auch nur den Anfang ihrer Spur hätten, so würde ich vielleicht mehr Muth und Geduld haben.“

„Was ihre Spur betrifft, so kümmere Dich darum nicht, das laß meine Sorge sein.“

„Deine?“

„Ja, meine!“

„Versteht Du Dich denn darauf, eine Spur zu finden?“

„Run, warum nicht!“ versetzte Fritz, indem er lächelnd in das erstaunte Antlitz seines Freundes blickte. „Ich habe unserm Freunde Segal schon etwas abgelernt. . . . Du wirst sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wenn den Zustand des Kranken insofern besser beurtheilen, als wir sehen, welche Wirkung meine Maßregeln auf seine Krankheit haben; das aber steht fest, daß, wenn auch der Graf diesmal wirklich noch den Anfall überlebt, woran ich beinahe nicht zu glauben wage, daß er das nächste Mal unbedingt demselben unterliegen muß. Er war diesmal einer vollständigen Zerrüttung seiner Nerven sehr nahe; seine letzte Stunde war ihm näher, als Sie es vielleicht selbst glauben.“

„Ach“, antwortete Agathe, „ich glaube ja, daß Sie Alles am besten zu beurtheilen verstehen; ich verschweige Ihnen auch nicht, daß ich zu Ihnen ein größeres Vertrauen habe, wie zu irgend einem andern Menschen; dennoch mag ich Ihre Maßregeln nicht billigen.“

Fritz sah ein, daß er entweder energisch handeln oder ganzlich von seinem Vorhaben Abstand nehmen müsse; er verabschiedete sich von der Gräfin und schlug den Weg nach seinem Zimmer ein.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Habicht wartete noch draußen auf dem Korridor auf die Rückkehr des Doktor Rodenburg. Dieser sah sehr ernst aus, als er sich seinem Freunde näherte.

„Rach' Dich bereit“, sagte er, „Du mußt mich begleiten.“

„Begleiten? Wohin?“

„Wir suchen die schwarze Hexe auf.“

„O, das ist ein Wort, das mir gefällt!“ rief er und sein Auge leuchtete. „Da findest Du mich sofort bereit. . . Du könntest mir nichts sagen, was mich mehr erfreute, als dies.“

„Glaub's wohl“, entgegnete Fritz ruhig. „In ein halben Stunde hole ich Dich ab.“

„Dann rathe ich Dir, Dich vorher noch durch ein Frühstück zu stärken; es wird eine kleine Strapaze sein, das kann ich Dir vorher sagen.“

„Ich werde an Deinen Rath denken.“

Sie trennten sich. Eine Stunde später verließen Habicht und Fritz Rodenburg in gestrecktem Galopp das Schloß W. Donuil. Der alte Oberjägermeister, auf den Hals

seines Pferdes herabgebeugt, sprengte voraus. Er führte jetzt nur einen Ruf im Munde: „Vorwärts!“ Es ging so schnell, daß sein kleines schottisches Pferd mit fliegenden Mähnen, gestreckten Beinen und geradem Schweiß buchstäblich die Luft zu durchschneiden schien.

Er kannte die Wege genau, und durfte es wohl wagen, sein Pferd ausgreifen zu lassen, während Fritz vorsichtiger sein mußte, und deshalb bedeutend zurückblieb, so daß Habicht gar bald seine fürmische Eile zu mäßigen genöthigt war. Naz begleitete die beiden Reiter und flog dahin wie ein Pfeil, sie freudig umkreisend, als wüßte auch er, daß es einem Unternehmen gälte, das seinem Herrn Freude machte.

Die Thürme von W. Donuil lagen in kurzer Zeit weit hinter ihnen. Habicht hätte gewiß noch einen größeren Vorprung genommen; er konnte seine Ungebild nicht zügeln. Bon Neuem mußte ihm Fritz zurufen:

„Halt, Pathe, halt; wenn Du so fortfährst, so werde ich Dich aus dem Gesichte verlieren, und ich kann Dir meinen Plan nicht mittheilen.“

Habicht wandte sein Pferd.

„Run, was hast Du für einen Plan?“

„In der Hauptsache weißt Du's. Wir wollen die schwarze Hexe fangen.“

Ein neuer freudiger Blick überflog das vermittelte, falteneiche Antlitz des alten Waidmanns; seine Augen funkelten.

„Ja, ja, das weiß ich, und deshalb eile ich.“

Mit einem leichten Ruck seiner Schulter ließ er den Karabiner, der über derselben hing, in seine Hände gleiten. Diese nur zu deutliche Bewegung machte Fritz nachdenklich.

„Halt, Pathe“, sagte er, „wohl aufgemerkt. Es handelt sich nicht darum, die Alte zu tödten, sondern sie lebendig einzufangen.“

„Warum lebendig?“

„Um Dir alle weiteren Gewissensbisse zu ersparen, so wisse, daß das Schicksal der Hexe mit dem Deines Herrn eng verbunden ist, ja daß möglicherweise die Kugel, welche sie trifft, auch den Grafen tödten würde.“

elektrischem Licht, das nutzlos strömende Wasser der Damm-  
mühlen derartig zu verwerthen, daß dieser ohnehin sehr dunkle  
Stadtheil mit keinem kolossalen Verlehr durch ein billiges Licht  
taghell erleuchtet wird? Murde doch vor Jahren davon ge-  
sprochen, das Wasser des Niagarafalles auf diese Weise nutz-  
bar zu machen. Die Kraft des Stromes an den Damm-  
mühlen ist eine recht bedeutende und hat sie früher einem so  
umfangreichen Mühlenbetriebe gedient, so lassen sich gleiche Er-  
folge bei der Ausnutzung der Kraft für den vorgedachten Zweck  
ebenfalls erhoffen.

Das Belle-Alliance-Theater hat seinen prächtigen  
Sommergarten mit großem Konzepte eröffnet. Heute treten da-  
selbst die beliebtesten Wiener Duettisten Schmutz und Rager  
zum ersten Male wieder auf, während morgen eine für Berlin  
vollständig neue Spezialität, die oberösterreichischen Volksschauspieler  
"Bairischeller", zum ersten Male ihre Gebirgsjungen mit Ge-  
sang vom Vortrag bringt.

a. Ein eigenartiges Zeitungs-Unternehmen, welches  
mindestens den Reiz der Neuheit beanspruchen darf, wird dem-  
nächst hier ins Leben treten. Ein englischer Journalist beab-  
sichtigt in Berlin in seiner Muttersprache eine Handelschrift  
herauszugeben, deren Abzugsgebiet wesentlich England selbst und  
seine Kolonien bilden sollen, weil die Herstellungskosten in  
Berlin bedeutend billiger sind als in England. Wenn die  
Zeitschrift von hier nachmittags versandt wird, so kann sie schon  
am nächsten Nachmittage in London in die Hände der Abon-  
nenten gelangt sein.

Für die Zeit vom 10. Mai bis einschließlich 30. Sep-  
tember er. werden an den Sonn- und Festtagen Retourenbillets  
II. und III. Klasse zum einfachen tarifmäßigen Fahrpreise mit  
einstägiger Gültigkeitsdauer von Berlin nach Pichtenberg, Frei-  
drichsfelde, Hoozgeraten, Frederiksdorf, Straußberg und Münche-  
berg ausgegeben. Die Fahrt darf nicht unterbrochen werden  
und Freigedächtnis ausgeschlossen. Von den privilegierten Sta-  
tionen ist Neuenhagen ausgeschlossen, obwohl von dort, be-  
sonders am Sonntag, ein recht lebhafter Verkehr nach dem be-  
nachbarten Städtchen Alt-Landsberg besteht.

a. 24 366 Anzeigen über Straftaten und Unglücksfälle  
sind an das hiesige Kriminal-Kommissariat im Jahre 1884 ge-  
langt. Darunter befanden sich 10 191 Anzeigen wegen Dieb-  
stahls, 1765 Anzeigen wegen Unterschlagung, 1175 wegen Ver-  
truges, 901 wegen Körperverletzung, 361 wegen Sittlichkeits-  
Delikte, 61 wegen Urkunden- und Wechselstahls, 68 wegen  
Weineides, 13 wegen Wuchers, 21 wegen Vergehens gegen  
das Sozialistengesetz, 8 wegen Majestätsbeleidigung, 3 wegen  
Ehreschleicherei, 2769 über Unglücksfälle und Ereignisse, 349 über  
Selbstmord und 188 über Selbstmordversuch. Im Jahre 1884  
sind 1439 Anzeigen mehr als im Jahre 1883 bei der Kriminal-  
Polizei eingegangen.

Die Fabrikanten Vater und Sohn W. aus Berlin,  
welche kürzlich, wie wir f. B. berichteten, den Versuch machten,  
den festschriftlich verfolgten Buchdrucker Jan Posthal in Baals  
gewaltsam über die holländische Grenze zu bringen, hierbei von  
der Baalser Gendarmerie verhaftet und geschlossen nach West-  
recht gebracht wurden, bekennen sich, wie die "W. R." mittheilt,  
noch immer in dortigen Gefängnis. Der Antrag der Familie  
W., die beiden gegen Stellung einer hohen Bürgschaft vor-  
läufig aus der Haft zu entlassen, ist von der holländischen Be-  
hörde abgewiesen worden.

N. Der in dem bekannten Hochverraths-Prozesse  
Hentsch-Kroczewski, zur traurigen Verurtheilung gelangte Vater,  
welcher Anstifter zu einem Verbrechen wurde, das er später, als  
er sich in Sicherheit wähnte, selber zur Kenntniß der Behörden  
brachte, ist laut eben eingegangenen Briefes in Wien am Herz-  
schlage verstorben. Hentsch ist, wie bekannt, erst vor Kurzem  
mit dem Tode abgegangen.

N. Gegen den Genuß roher Milch hat die städtische  
Schulinspektion folgendes Schreibe erlassen: "Wir sind darauf  
aufmerksam gemacht worden, daß in einzelnen Schulen Milch  
gegen ein geringes Entgelt an die Schülerinnen und Schüler  
verabreicht wird. Da der Genuß roher Milch von verlässlichen  
Rüben Gefahr für die Gesundheit bringen kann, die rohe Milch  
überhaupt schwerer verdaulich und weniger haltbar ist, als ge-  
kocht, so ersuchen wir die Herren Direktoren und Schuldvorsteher,  
darauf hinzuwirken, daß in Zukunft in den Schulen nur ab-  
gekochte Milch verabreicht wird."

Ein Hochstapler, der das Erdbeben in Spanien in eigener  
Weise für sich fruchtbar, wird vom Polizeidepartement in Basel  
den Sicherheitsbehörden signalisiert. Derselbe nennt sich Josef  
Beder und richtete Ende März c. von Basel aus an aus-  
wärtige Privatpersonen, an Banken, an fürstliche Personen u.  
in Deutschland, Oesterreich und Rußland gut stylisirte Briefe,  
worin er mittheilte, er habe in der spanischen Ortschaft Alhama  
einen mit Egypt verbundenen schwunghaften Großhandel ge-  
trieben und mit seiner zahlreichen Familie in guten Verhält-  
nissen gelebt, bis er endlich durch das Erdbeben vom 25. De-  
zember 1884 um Alles gekommen sei. Jedem dieser Briefe war  
ein in spanischer Sprache abgefaßtes Dokument des Gouver-  
neurs von Granada beigelegt, in welchem bezeugt wird, daß  
Beder durch das Erdbeben seine Eigenschaft verloren habe. Es sind  
darauf aus Berlin, Leipzig, Hamburg, Mainz, Stuttgart, Nürnberg,  
München, Triest, Wien, Prag u. eine große Anzahl Werth-  
briefe und Mandate mit theilweise bedeutenden Beträgen in  
Basel eingegangen, welche auf Ordre des angeblichen Beder  
demselben nach Territet bei Montreux nachgeschickt wurden und  
von ihm dort in Empfang genommen worden sind. Er hat  
sich alsdann später eingehende Postwerthsendungen immer nach  
anderen Poststationen nachsenden lassen. Es hat sich inzwischen  
ergeben, daß die spanischen Dokumente gefälscht waren und  
der u. Beder ein raffinierter Hochstapler ist. Er hatte in den  
Briefen geschrieben, daß er aus dem Wege in seine Heimath  
begreifen und in Basel durch die Erkrankung seiner Frau zurück-  
gehalten worden sei; es ist jedoch festgestellt worden, daß diese  
Behauptung eine falsche war. Ebenso hat sich ergeben, daß in  
den spanischen Dokumenten der Heimathort des Hochstaplers  
je nach dem Wohnort des Briefadressaten wechselt, und Beder  
in einem Briefe nach Berlin als Berliner, in einem Briefe nach  
Prag als Prager bezeichnet wurde.

b. Der Treptower Park entsaltet sich unter der Begün-  
stigung eines nahrungs- und wasserreichen Bodens mit über-  
raschender Schnelligkeit, und seine mannigfachen Laubsäbungen,  
sowie das saftige Grün wohl gepflegter Rasenflächen bieten  
dem Auge einen fortwährenden Genuß. Der breite neue Fahr-  
und Promenadenweg am Ufer der Spree erhält seinen beson-  
deren Reiz durch den Blick auf den belebten Strom. Bis zu  
der hier geplanten Ausdehnung im Jahre 1888 wird sich diese  
Gegend zu einer der schönsten Berlins entwickelt haben.

Obwohl der sogenannte Grüne Graben (Festungs-  
graben) zugeschüttet ist, damit er ausgenutzt und namentlich  
auch bebaut werden kann, ist die Bebauung dennoch, da er  
offen an den Straßen gelegen hat, nicht möglich, weil dort  
Baufachlinien für das an die Straßen stoßende Graben-  
terrain nicht vorhanden sind. Auf den Antrag der Bau-  
deputation hat in Folge dessen der Magistrat beschlossen, für  
das Grabenterrain in der Beuthstraße, der Seydelstraße und  
der Inselstraße (Westseite) Baufluchten zur Feststellung zu  
bringen.

Unsere Feuerwehr. Ein mit Birgelfsteinen beladener  
großer Sperrkahn, dem Schiffeläger Gehrle in Hammer ge-  
hört, erhielt vorgestern Abend kurz nach 8 Uhr an der  
Schiffenbrücke durch Ausschlagen auf einen dort unter der Ober-  
fläche des Wassers verbotenen Pfahl ein U. d. Das durch  
letzte einströmende Wasser erwieß sich der Handpumpe des  
Kahns gegenüber als übermächtig, es erreichte bald einen Stand  
von einem halben Meter Höhe im Kahn und brachte denselben  
dadurch der Gefahr des Sinkens nahe. In seiner Noth re-  
quirirte der Kahnführer die Feuerwehr, welche das Aufpumpen  
sauerst mit einer Handpumpenpumpe und demnach, da es mit

dieser nicht rasch genug vor sich ging, mit einer Dampfmaschine  
besorgte, bis es gelang, die Leckstelle aufzufinden und zu ver-  
dichten.

Die 264. Auffahrt mit dem Riesenballon "Victoria"  
wird am Sonntag, den 3. Mai unter Leitung des rühmlichst  
bekannten Luftschiffers Herrn Richard Opitz von der "Neuen  
Welt" aus stattfinden. Die kolossalen Inpalsen wegen beginnt  
die Füllung schon in der Mittagsstunde, während die Auffahrt  
auf die höchste Nachmittagsstunde festgelegt ist. Vor, während  
und nach der Auffahrt des Ballons findet ein von der be-  
liebten Kapelle der Garde-Musik unter Direktion des Königl.  
Musikdirektors Herrn Kuth veranstaltetes Militär-Konzert statt.  
Außer dem aeronautischen Schauspiel stehen den Besuchern des  
beliebten Vergnügungs-Etablissements in den prachtvollen park-  
ähnlichen, im ersten Grün prangenden Anlagen, in angenehmer  
großer Abwechslung Schaulust, Kollifoto, Schaulust,  
Würfelbuden, Jodry Billards u. s. w. zur Verfügung, während  
für die langjähige Welt der unentbehrlich gewordenen Ball-  
schampetre eröffnet ist. Die weltberühmten Feuerwerke nehmen  
am 14. Mai ebenfalls unter Leitung der Pyrotechniker Reichnitz  
und Bau ihren Anfang.

a. Das Verbrecher-Album der Berliner Kriminal-  
Polizei ist im Laufe des Jahres 1884 um 363 photographische  
Aufnahmen vermehrt worden. Es kamen hierzu die Photo-  
gramme von 4 Mördern, 53 Einbrechern, 21 Taschendieben,  
16 Vabendiebern, 34 Schlafstellendieben, 13 Bauernfängern, 45  
Betrügnern (Hochstaplern), 9 Palettdieben, 46 Prostituirten,  
(Diebinnen), 28 Landstreichern und 94 sonstigen Verbrechern,  
unter welchen sich 34 Päderasten befanden. Diese letzte Ver-  
brecherliste hat sich selber in den letzten Jahren in Berlin sehr  
vermehrt, und es hat ein besonderer Band mit den Photo-  
grammen dieser erbärmlichen Personen angelegt werden müssen.  
Ferner ist ein besonderer Band für Landstreichere angelegt wor-  
den. Im Ganzen enthält das Verbrecher-Album 3822 Photo-  
gramme. Melognositen wurden von geschädigten Personen im  
Laufe des Jahres 1884 aus dem Album 124 Verbrecher. In  
vielen Fällen war es auch möglich, den requirirten auswärtigen  
Sicherheitsbehörden mit den beim hiesigen Polizeipräsidi-  
um vorhandenen Personalakten gleichzeitig auch die Photo-  
graphien der Verbrecher zugänglich zu machen.

Polizeibericht. Am 29. v. Mts., Abends, wurde ein 11  
Jahre alter Knabe, welcher in der Stallschreiberstraße auf ein  
eisernes Gitter geklettert war, von einem vorübergehenden  
Hausdiener muthwilliger Weise von demselben herabgestoßen.  
Indem der Knabe dabei mit den Kleidern an den Spitzen des  
Gitters hängen blieb, erlitt er eine nicht unbedeutende Ver-  
letzung des linken Oberschenkels. — Am 30. v. M. Vormittags  
sprang ein Mann in der Kommandantenstraße über eine durch  
Herausnehmen einer Granitplatte entstandene Vertiefung, glitt  
dabei auf der andern Seite aus und erlitt dadurch eine Ver-  
letzung des rechten Fußes. — Um dieselbe Zeit wurde die  
Leiche des am 20. Januar d. J. auf dem Eise der Spree in  
der Nähe der Suvoystraße eingetroffenen und dabei ertrunkenen  
5 Jahre alten Sohnes des Kupferschmiedemeisters Beer unter  
dem dortselbst lagernden Floßholz aufgefunden und nach der  
Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes geschafft. — An demselben  
Tage, Nachmittags, wurde ein 3 Jahre alter Knabe auf dem  
Velleallaneplog von einem Omnibus ab-fahren und erlitt  
dabei eine so erhebliche Verletzung am linken Fuß, daß er  
mittels Drochle nach der elterlichen Wohnung in der Char-  
lottenstraße gebracht werden mußte. — An demselben Tage,  
Abends, fiel ein Mann auf dem Hadeschen Markt beim Ab-  
steigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen  
zur Erde, blieb bestunntungslos liegen und mußte nach dem St.  
Bedwigs-Krankenhaus gebracht werden.

### Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichtsentcheidung. Die Weitergabe eines  
Zeitungsblasses, welches, wie dem Geber bekannt ist, eine  
Majestäts- oder eine einfache Beleidigung enthält, ist nach  
einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Strafsenats, vom 13.  
Februar 1885 nur dann als Majestäts- resp. als einfache Be-  
leidigung zu bestrafen, wenn festgestellt ist, daß die Weitergabe  
in der Absicht geschah, jenen beleidigenden Inhalt Anderen  
kundzugeben. — Der mit der Sozialdemokratie in Verbindung  
stehende Arbeiter S. in einem westphälischen Orte hatte mehrere  
auf Grund des Sozialistengesetzes verbotene Druckschriften und  
unter diesen den "Freundensführer" in der Absicht, für die  
Sozialdemokratie zu agitieren, verbreitet und ein Exemplar des  
"Freundensführers" dem Arbeiter L. geschenkt. Dieses zuletzt  
genannte Blatt enthielt eine Majestätsbeleidigung, und obwohl  
S. dies bei der Weitergabe des Blattes gewußt hatte, so wurde  
er dennoch von der Strafkammer von der gegen ihn erhobenen  
Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen, weil sich nicht  
feststellen ließ, daß er das Blatt mit dem auf die Begehung einer  
Majestätsbeleidigung gerichteten Willen weitergegeben. Die  
Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsgericht ver-  
worfen, indem dieses ausführte: "Daß auch durch Weitergeben  
und Verbreiten eines Zeitungsblasses, dessen Inhalt einen An-  
griff auf die Ehre eines Anderen enthält, eine Beleidigung be-  
gangen werden könne, hat das Reichsgericht bereits in dem von  
der Revision angezogenen Urtheile vom 17. März 1880 an-  
erkannt. Mit Recht wird jedoch in der Begründung dieses  
Urtheils ausgeführt, daß in dem Weitergeben des Blattes nicht  
ohne Weiteres eine Weitergabe des Inhalts als der eigenen  
Meinung des Weitergebenden zu finden sei, daß mithin nicht  
jede Weitergabe eines Zeitungsblasses, welche mit dem Be-  
wußtsein geschehe, daß das Blatt eine Majestätsbeleidigung  
enthalte, sich auch schon als eine Majestätsbeleidigung dar-  
stelle, sondern hierzu außerdem der Nachweis erforderlich sei,  
daß die Weitergabe mit dem Vorsatz, zu beleidigen, statt-  
gefunden habe."

Gegen den Kommissionsrath Otto Kayser wurde  
gestern vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I eine  
Anklage wegen wiederholten Betruges verhandelt. Der Ange-  
klagte war mit seinem Bruder Robert bis zu seinem im vorigen  
Jahre erfolgten Austritt Inhaber der wohlrenommirten Koch-  
maschinenfabrik von F. W. Kayser, bezog aber nach einem mit  
den Gläubigern desselben abgeschlossenen Vertrage aus dem  
Geschäft nur ein jährliches Fixum von 4200 Mark, wäh-  
rend die Ueberschüsse zur Bezahlung der Schulden verwendet wurden.  
Sonach mußte der Angeklagte sich bewußt sein, daß er über  
größere Summen nicht zu verfügen berechtigt war. Sein Aus-  
treten war aber stets das eines sehr reichen Mannes, und in  
Tempelhof, wo er fast täglich der Gast des Kreideweißchen  
Restaurants war, schätzte man allein die Mitgift, die seine  
Tochter erhalten würde, auf mindestens 150 000 M. Im März  
1882 klagte der Angeklagte Herrn Kreideweiß seine  
Noth, daß die Aussteuer seiner Tochter, die er im nächsten  
Monate verheirathen werde, sehr viel bares Geld erfordere,  
im Geschäft aber zur Zeit die Gelder schlecht eingingen. Er  
bat seinen Freund, ihm doch bis zum 1. Juli desselben Jahres  
6000 M. zu leihen, worauf Herr Kreideweiß in dem Glauben,  
es mit einem sehr reichen Manne zu thun zu haben, bereit-  
willigst einging. Als kurze Zeit darauf der Angeklagte noch  
4000 Mark zum gleichen Zwecke verlangte, gab sie ihm Herr  
Kreideweiß sofort. Er erhielt sein Geld aber weder zum 1.  
Juli 1882, noch überhaupt wieder. Der Angeklagte giebt an,  
daß er geküßt hatte, seine reichen Verwandten würden ihm die  
10 000 M. geben; wegen das gegen ihn eingeleiteten Strafver-  
fahrens haben sich dieselben aber ganz von ihm zurückgezogen.  
Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte durch die Vor-  
piegelung einer falschen Absicht das Vermögen des Kreideweiß  
beschädigt hat, und verurtheilte denselben zu 8 Monaten Ge-  
fängnis und 1jährigem Ehrenverlust.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

Zur Lage der deutschen Eisenindustrie. Die Ver-  
zeugung, daß in Zukunft der nordamerikanische  
Markt für die deutsche Eisenindustrie wahrscheinlich dauernd  
an Bedeutung verliert, bricht sich in den Reihen der deutschen  
Eisenindustriellen augenscheinlich immer mehr Bahn. In  
Zhat ist der Rückgang der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien  
aus den deutschen Zollgebieten nach den Vereinigten Staaten  
von Nordamerika von 41 628 800 Kilogramm im Jahre 1880  
6 345 400 Kilogr. im Jahre 1883 und auf 154 500 Kilogr.  
im Jahre 1884 eine Erscheinung, die zu denken giebt. Sie er-  
scheint nicht allein aus dem Umstande, daß die rapide Zunahme  
und Ausdehnung der nordamerikanischen Verkehrswege  
Strecken gerathen ist, sondern sie ist zum nicht geringen Theil  
auf die Entwicklung der nordamerikanischen Eisenindustrie  
zurückzuführen, da ihre Produktion von 2 Millionen Tonnen  
im Jahre 1870 auf nahezu 4.6 Millionen Tonnen in 1884  
gestiegen ist. Da in Deutschland die Eisenindustrie in dem  
50 Jahre ebenfalls ihre Produktion enorm vermehrt hat (auf  
das 30fache!) und die Produktion den inländischen Bedarf  
weit übersteigt, so ist es für sie wichtig, große Absatzmärkte  
dauernd zu sichern. — Angra Pequena und Kamerun aber  
den keinen Abzug bieten für den verlorenen nordamerikanischen  
Markt! Hebe man die Kaufkraft im eigenen Lande, das man  
kann den bedrohten Industrien wieder auf die Beine helfen.  
Aus Leipzig wird geschrieben, daß die Maler-  
Lackirerergewerkschaften zusammengetreten seien, um ihre  
und Arbeitsverhältnisse neu zu regeln. In einer vor  
Tagen abgehaltenen Versammlung wählten sie eine Kom-  
mission von 8 Mitgliedern, die mit den Meistern in Unterhand-  
lung treten soll. Sie verlangen Einführung der 10 stündigen  
Arbeitszeit von 7-12 und von 1-6 Uhr ohne Abzug von  
Lohnes, während für Sonntags- und Nachtarbeit der doppelte  
Lohn gezahlt werden soll.

Auch im Großherzogthum Hessen wird jetzt eine  
Arbeiterkolonie errichtet. Dem betreffenden Vereine  
nämlich gelungen, durch die hiesige Domänenverwaltung  
Gut Neu Ulrichstein in der Provinz Oberhessen nach  
Errichtung einer Arbeiterkolonie zu erhalten. Das Gut  
faßt ein Areal von 220 Morgen und ist, wie die  
Wilhelmsdorf in Westfalen, eine für gedachten Zweck  
geeignete Arbeitsstätte, die einen ausgebreiteten landwirth-  
schaftlichen Betrieb gestattet und außerdem Gelegenheit zur  
Führung von Kulturarbeiten bietet. — Wenn sich diese Kolonie  
nur von den Orthodogen und Pietisten rein hält, dann  
sind Segen stiften. Bis jetzt haben darin einige Arbeiter-  
nien trübe Erfahrungen gemacht.

Arbeitererleid. Man heft folgende Notiz in schles-  
ischen Blättern: "In der Nähe der Gohmühle (Beuthen, O.  
Prow.) wohnt schon seit einiger Zeit Winter und Sommer  
eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und  
Kindern, in einem Durchschlagrohr, das kaum so breit ist,  
als ein erwachsener Mensch hineinschwängen kann. Das Rohr  
lagroh befindet sich im Eisenbahndamm und ist, wenn es  
allzuviel Regen herunterkommt, ganz trocken. Dort lagert  
Familie nun in der Weise, daß die Eltern an je einem  
die Kinder aber in der Mitte sich ins Rohr schieben. Der  
Wind macht den Leuten viel zu schaffen; es wird durch  
Windrichtung am Abend vorher stets genau abgepaßt und  
der Seite, von welcher der Wind kommt, das Rohr mit  
Stößen zugestopft. Springt der Wind über Nacht um,  
kommt von der anderen Seite, so ist es freilich mit der  
ruhe vorbei. Trotz alledem scheint dieses Bizeur-erleiden  
Leuten recht gut zu gefallen, denn der Mann kauft, er  
darum befragt wurde, warum er sich nicht eine menschen-  
würdige Wohnung verschaffe: "Es will uns niemand  
Quartier nehmen und eingeperrt hat man mich wegen  
dachlosigkeit auch schon oft, jetzt habe ich Ruhe."  
Armeist trit sich übrigens, wenn er glaubt, daß er jetzt  
hätte. Erfährt die Polizei seinen Aufenthalt, so wird er  
auch von dort vertrieben, da diese Wohnung dem von  
Polizei verlangten Obdach nicht entspricht. So wird  
"Obdachlose" wahrcheinlich noch einmal eingeperrt."

Die Schneider in Paris haben in einer großen  
Versammlung beschlossen, die Arbeit niederzulegen, wenn  
Forderungen nicht bewilligt werden. Verschiedene Meistern  
schreiben sich deshalb deutsche Arbeiter. Es ist zu  
hoffen, daß dieselben so viel Solidaritätsgefühl haben, diese  
Arbeit nicht anzunehmen, um ihren Pariser Kollegen den  
unmöglich zu machen.

### Briefkasten der Redaktion.

A. J. Alle Ihre Fragen zu beantworten, würde  
weit führen. Sie finden Alles, was Sie zu erfahren wünschen  
in jedem Konversationslexikon.  
B. B. Charlottenburg, Schulstraße 3, bei Contrabasso  
a. D. Graf Schwab-Wittenau. 2. Platzstraße, Bahnhofs-  
K. R. 41. 1. Monatlich 90 Mark, 2. beim  
Polizei-Präsidenten.  
K. 2007. Derartige Anzeigen können wir nur als  
Bonnell. Derartige Anzeigen können wir nur als  
aufnehmen.  
K. R. 55. Das eiserne Kreuz wurde im Jahre  
gestiftet, und im Jahre 1870 bei Beginn des Feld-  
wieder hergestellt. In den anderen Feldzügen gab es  
als Auszeichnung keine eisernen Kreuze.  
K. R. Das Dienstmädchen ist zum Ersatz des  
verpflichtet.  
K. Thamm. Ueber die Konstruktion der Hund-  
sind wir nicht orientiert. Fragen Sie auf dem Polizeiamt  
Ihres Bezirkes an.  
Ungebuldig. 1. Selbstmordversuch ist nicht strafbar.  
2. Die Frage läßt sich nur beantworten, wenn man die  
Stände zur Zeit des Vertragsabschlusses kennt. Hat der  
den Fall beschäftigt, und waren keine Kruppen vorhanden,  
ist es seine Sache, Kruppen anzuschaffen.  
K. R. Nach Ihrer Sachdarstellung sind Sie nicht  
pflichtet, die Scheibe zu bezahlen. Zahlen Sie trotzdem,  
können Sie die Summe nicht zurückverlangen.  
K. R. Anklamerstraße 6/11. Wird bei Gelegenheit  
Danf benutzt werden.  
K. S. Stallschreiberstr. 20. Diesmal leider nicht  
verwendbar. Besten Dank.  
K. B. Kreuz Oderstraße, Breslau. Augen-  
haben wir keinen Bedarf.  
K. R. 32. 1) Die Verpflichtung zur Steuerent-  
richtung vor; erfolgt die Zahlung nicht freiwillig, so wird im  
der Zwangsvollstreckung die Eintreibung der Steuern  
sichern. Der Vater ist für die Schuld nicht haftbar.  
2) Die Pfändung zu einer vollständigen Befriedigung des  
biger nicht geführt, so ist der Schuldner auf Antrag zur  
leistung des Offenbarungseides verpflichtet. 3) Die  
Stände, welche für den Schuldner, seine Familie und  
sind unentbehrlich sind, unterliegen nicht der Pfändung.  
Ein Verein mit dem genannten Zweck existirt nicht.  
K. S. 1) Eine Gewerbesteuer-Konvention  
keinem der angegebenen Fälle vor. Zur Räumung  
Denunzianten ist die Direktion nicht verpflichtet. 2) Die  
eine gewerbemäßige Beforgung ferner der Rechts-  
heiten vor. Dieses Gewerbe muß wie jedes andere  
werden.  
K. R. Sofern Ihnen ein Schaden erwachsen  
Sie Ersatz desselben beanspruchen. Die Klage ver-  
Jahren seit Kenntniß der That und des Täters.  
Es so

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 101.

Sonnabend den 2. Mai 1885.

II. Jahrgang.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 1. Mai, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats von Boetticher, von Burchard und Kommissarien.

Ein Schreiben des Reichskanzlers, durch welches die Genehmigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Bierck wegen Vergehens gegen § 19 des Sozialistengesetzes auf Antrag des Staatsanwaltes beim Königl. bayerischen Landgericht München I eingeholt wird, wird an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen und darauf in der Beratung der Volltarifnovelle fortgefahren.

Die Abg. v. Fischer, Hof und Stöcker haben beantragt, der Nr. 20 c. des Volltarifs als neue Position hinzuzufügen: 4. Geprägte Hornkapseln 120 K. für 100 Kg. (d. h. den bisherigen Zollsatz zu vervierfachen).

Abg. Hof motiviert seinen Antrag durch die drückende Konkurrenz, welche Italien durch seine niedrigen Arbeitslöhne unserer Knopfabrikation macht; dort wird der beste Arbeiter so bezahlt, wie bei uns der schlechteste, und im Preise unserer Waare steckt mehr als das doppelte Arbeitslohn wie in der italienischen, eine Ansicht, die auch v. Cuny theilt.

Dagegen warnt Broemel davor, jeden beliebigen Artikel mit einem hohen Zoll zu belegen.

Nachdem Kommissar Geh. Rath Kraut erklärt hat, die Bundesregierungen seien noch nicht in der Lage gewesen, zu dem Antrage Stellung zu nehmen, zieht Abg. v. Fischer seinen Antrag unter Vorbehalt der Wiedereinbringung bei der dritten Lesung zurück.

Die Position "Garn" des Tarifs beantragt die Kommission, welche die hierzu gestellten Anträge Löwe, Bamberg und Budeberg beraten hatte, in der Weise abzuändern, daß dem Zoll von 3 K. pro 100 Kilogr., welchem bisher nur Genappes, Mohair- und Alpaka-Zarn unterliegen hat, auch hartes Glanggarn, aus langhaariger in England produzierter Wolle, nicht gemischt mit anderen Spinnmaterialien, unterworfen sein soll. Außerdem will die Kommission, die Abänderung des harten Glanggarns den § 3 (Ges. v. 15. Juli 1879) Anwendung finden lassen, wonach der Bundesrat ermächtigt ist vorzuschreiben, daß die Abfertigung des Garns nur bei bestimmten Abstellen stattfinden darf, sofern die Beihilfen nicht zur Erzeugung des höchsten Zollsatzes der Tarifposition berechtigt sind.

Nachdem sich Löwe und Lohren für den Antrag, gegen welchen auch nach der Erklärung des Kommissars, Geh. Rath Kraut die Regierungen nichts einzubringen haben, erklärt, wird der Kommissionsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Zu Position "Leder", zu welcher von den Abgeordneten Leloch, v. Kardorff u. A. verschiedene Abänderungsanträge gestellt waren, beantragt die Kommission, unter Ablehnung der Anträge, es bei den bisherigen Zollätzen zu belassen, jedoch folgende Resolution anzunehmen: Den Reichskanzler zu ersuchen, die Frage einer anderweitigen Normierung der Bälle für Leder und Lederwaren einer Prüfung zu unterwerfen und nach dem Ergebnisse derselben dem Reichstage in der nächsten Session die entsprechenden Abänderungsvorschläge zu machen.

Staatssekretär v. Burchard erklärt, zur Zeit sei es der Regierung noch nicht opportun erschienen, diese anderweitige Normierung vorzunehmen; doch werde der Bundesrat die Frage eingehend prüfen. Das Haus möge daher dem Kommissionsvorschlage zustimmen.

Die Anträge Leloch, v. Kardorff u. s. w. werden darauf zurückgezogen.

Abg. Schumacher (Soz.) ist für eine gründliche Enquete auf dem Gebiete der Lederproduktion und würde zur Zeit eine Erhöhung des Ledersolls für höchst bedenklich halten. In der Lederbranche arbeiten nur 20,000, in der Schuhwaarenfabrikation aber, der durch die Ledersölle das Rohmaterial verteuert wäre, über 450,000 Menschen. Dazu tritt das Interesse aller Konsumenten; gutes Schuhwerk sei auch gerade ein Bedürfnis des armen Mannes und unentbehrlich zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Dabei leide die Lederindustrie keine Noth, sie würde nicht einmal von dem Schutzzoll Nutzen haben, denn ihr Export übersteige den Import um 100,000 Centner.

Abg. Broemel würde ebenfalls gegen Erhöhung der Ledersölle sein, da es sich dabei um Rohmaterial handle, das im Inlande verarbeitet werde und daher nicht verteuert werden dürfe. Gegen den Kommissionsantrag hat Redner nichts einzuwenden.

Die Abstimmung über die Resolution wird erst in dritter Lesung stattfinden.

Abg. Broemel (zur Geschäftsordnung): Ich habe nur noch vor dem Lande zu konstatieren, daß der Antrag auf Einführung eines Kohlenzolls, durch welchen bereits zahlreiche Industrien sich beunruhigt fühlen, ebenso physisch, wie er eingebracht wurde, wider zurückgezogen worden ist. Es verdient diese Thatsache doch, als für das Vorgehen gewisser Herren bezeichnend, auch außerhalb des Hauses bekannt zu werden.

Der Präsident kann die Neuerung nicht als eine Bemerkung zur Geschäftsordnung gelten lassen, aber der Abg. Broemel hält es für notwendig, die im Lande nicht genügend bekannt gewordene Thatsache der Zurückziehung des Antrags auf Einführung eines Kohlenzolls öffentlich zu konstatieren, und die von ihm dafür gewählte Form für eine Erlaubnis; wenigstens biete sich ihm eine andere nicht dar.

Es folgt die Beratung der Novelle zum Zollvereinigungsvertrag vom 8. Juli 1867, deren Hauptbestimmung dahin geht, daß die bisherige Vorschrift, wonach von allen bei der Einfuhr mit mehr als 15 Groschen vom Centner (3 K. von 100 Kilogramm) belegten ausländischen Erzeugnissen keine weitere Abgabe irgend einer Art, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Kommissionen und Korporationen, erhoben werden darf, auf Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Fleisch, Fleischwaren und Fett, soweit es sich um die Besteuerung für Rechnung von Kommissionen und Korporationen handelt, auf Bier und Branntwein keine Anwendung mehr finden soll.

Abg. Lipke beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Hammacher wünscht, daß die kommunale Besteuerung auch für Wein zugelassen werde.

Nach einer Neuerung des Staatssekretärs Burchard und einer Entgegnung des Abg. Richter wird die Vorlage einer Kommission überwiesen.

Der Entwurf betr. den Schutz des zur Anfertigung von Reichstafelstempeln verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung wird in zweiter Lesung nach den bezüglichen Kommissionsvorschlägen unverändert angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs betr. die

Steuervergütung für Buder. Es soll danach das diese Vergütung betreffende, jetzt geltende Gesetz vom 7. Juli 1883 in seiner Geltungsdauer bis zum 1. August 1886 verlängert werden. Nach den Motiven des Entwurfs ist es die Absicht der Reichsregierung, die anderweitige definitive Regelung der Budersteuer schon vom August 1886 ab eintreten zu lassen und eine entsprechende Vorlage spätestens im Anfang der nächsten Reichstagsession einzubringen.

Abg. Witte hätte gewünscht, daß schon eine gewisse Herabsetzung der Ausfuhrvergütung eingeführt würde, und stellt der Regierung anheim, der Vorlage noch einen solchen Zusatz zu geben. Im Uebrigen verzichtet er darauf, selbst Anträge zu stellen mit Rücksicht auf die Absicht der Regierung, schon im nächsten Jahre die Budersteuerreform in Angriff zu nehmen.

Abg. Graf v. Hake hält es für unweckmäßig, die Exportbonifikation jetzt provisorisch zu ändern. Die Industrie würde dringend, daß nicht alle Augenblicke die Höhe der Bälle und Bonifikationen wechsle. Die Bonifikationsfrage zu ordnen, sei Zeit bei der in nächster Session in Aussicht stehenden definitiven Budersteuerreform.

Abg. Nobbe erklärt sich ebenfalls für die unveränderte Regierungsvorlage.

Die zweite Lesung des Entwurfs wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung.

Zu § 1 beantragt der Abg. Kayser folgenden Zusatz:

6. die im Gemeindedienst beschäftigten Feuerwehrleute, Straßenkehrer, Gartenarbeiter und alle nicht fest und mit Pensionsrecht angestellten Bediensteten und Beamten.

Abg. Kayser: Es wäre erfolglos, zu den einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes Abänderungsvorschläge zu stellen, da dasselbe sich an das bestehende Unfallversicherungsgesetz eng anschließt. Meine Partei folgt aber nur der Nothlage, wenn sie dieser Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung zustimmt, weil wir glauben, daß die Betriebe und Personen, die in dem § 1 bezeichnet sind, auch sehr wohl einer solchen Versicherung bedürftig sind. Ein Mangel des § 1 ist es indessen, daß diejenigen Personen, welche von der Gemeinde abhängig sind, nicht unter die Unfallversicherung fallen. Durch die Zeitungen erfahren wir, daß die Reichsregierung beabsichtigt, für diese Kategorie ihrer Beamten ein besonderes Gesetz einzubringen. Warum sollen aber diejenigen, die im Gemeindedienst stehen, nicht gleichfalls versichert sein? Ich kann mir keinen Versicherungsbegriff denken, als den des Feuerwehrmannes, der zum Schutz des Eigenthums und der Personen sein eigenes Leben auf's Spiel setzt. Mir ist nicht bekannt, daß freiwillig solche Versicherungen eingerichtet sind; es wurde mir dies allerdings von einigen Städten behauptet, in Bezug auf Berlin ist es nach meiner Erlundigung nicht der Fall. Ein Aktiendiner kann die Treppe herunterfallen. Es ist nicht festgestellt, in welcher Weise, falls er verunglückt, er selbst oder, wenn dies mit tödlichem Ausgang geschieht, seine Nachkommen entschädigt werden. Dieselbe Frage entsteht gegenüber anderen Arbeitern, z. B. auf den Meißelfeldern. Die Zustände sind die Folge des Fehlers der Zweiteilung der Beamten in festangestellte pensionsberechtigten, und solche, die das nicht sind, die nur Proletarier sind, und, wenn sie verunglücken, ohne alle Mittel dastehen. Mein Antrag will diesen Mangel des Gesetzes beseitigen, und ich hoffe, daß er auf allen Seiten des Hauses Zustimmung finden wird. Ich bin auch bereit, falls formale Bedenken gegen denselben vorliegen, auf Abänderungen einzugehen. Meine Absicht ist nur, Leuten, die zum Wohle Anderer gearbeitet haben und dabei verunglückt sind, die nothwendige Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

Abg. Schrader: Das vorliegende Gesetz hat in der Kommission außerordentlich wenig Abänderung erfahren, weil man dasselbe lediglich als Fortsetzung des bestehenden Unfallversicherungsgesetzes angesehen hat. Wir verzichten deshalb, auch unseren Wünschen betreffs der Rentezeit, der Schiedsgerichte u. s. w. in besonderen Anträgen Ausdruck zu geben. Unsere Meinung über das Unfallgesetz, wie es 1884 beschlossen ist, bleibt aber unverändert dieselbe; wir halten es in wesentlichen Punkten für verfehlt und für verhängnisvoll, weil es auf ganz falsche Basis gestellt ist. Ueber einige wenige Punkte werde ich bei den einzelnen Paragraphen des Gesetzes sprechen. Zu § 1 bemerke ich, daß Zweifel darüber aufgetaucht sind, ob unter "Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung" sämtliche Arbeiter dieser Betriebe verstanden seien oder nur solche, von denen man annehmen kann, daß sie besonderer Unfallgefahr ausgesetzt sind. In der Kommission ging die Meinung dahin, daß nur die letztere Kategorie unter das Gesetz falle. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Auslegung und meine vielmehr, daß der gesamte Betrieb dieser Verwaltungen unter das Gesetz gehöre, außer etwa der Zentralverwaltung, welche mit dem Betrieb in keine Verbindung kommt. Bei der Wichtigkeit dieser Frage für eine große Anzahl von Personen wäre es erwünscht, wenn seitens der verbündeten Regierungen und des Reichstages hierüber eine Erklärung abgegeben würde. Was den Antrag Kayser betrifft, so erkenne ich an, daß die Beamten, auf die sich derselbe bezieht, nicht selten besonderer Gefahr ausgesetzt sind; daß gilt namentlich von den Feuerwehrleuten; und es ist richtig, daß diese Leute bei Verunglückungen zumeist auf das Entgegenkommen der Gemeinden, ja in manchen Fällen auf Privatunterstützung angewiesen sind. Es ist aber in zweiter Lesung kaum angingig, eine so weit reichende Veränderung in das Gesetz einzubringen.

Staatssekretär v. Boetticher: Der Redner meint, daß das Unfallversicherungsgesetz vom vergangenen Jahre ein sehr bedenkliches sei. Die bisherigen Erfahrungen aber das namentlich der Wunsch verschiedener noch nicht unter dasselbe fallender Betriebszweige, in die Unfallversicherung aufgenommen zu werden, spricht für das Gegentheil. Wenn die Frage aufgeworfen worden ist, ob es nicht zweckmäßig sei, auch die Beamten, welche außerhalb der versicherungspflichtigen Betriebe im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, von der Unfallversicherung gefaßt zu werden, so weise ich darauf hin, daß der Bundesrat gegenwärtig mit einem solchen Gesetz beschäftigt ist. Sodann habe ich bereits in der Kommission die Erklärung abgegeben, daß die verbündeten Regierungen nicht den ganzen Kreis der im Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst beschäftigten Beamten als unter das Gesetz fallend betrachten, daß vielmehr z. B. beim Postdienst der Kreis der versicherten Beamten sich nur auf diejenigen erstreckt, welche im Beförderung- und Bestellungsamt beschäftigt sind, nicht auch auf die, welche lediglich in den Bureauis fungirt haben. Rehnlich liegt die Sache bei den Eisenbahnen. Jeder Eisenbahntechniker, mit dem ich darüber gesprochen, sagte mir, es sei in der Praxis gar nicht zweifelhaft, welche Beamten als solche anzusehen sind, die im Eisenbahnbetrieb beschäftigt sind; der Begriff "Eisenbahnbetrieb"

sei ein ganz feststehender, und es würden nicht Zweifel entstehen, ob ein Verunglückter als im Betriebe stehend anzusehen ist oder nicht. Ich bedaure, daß der Abg. Kayser seinen Antrag nicht bereits in der Kommission eingebracht hat, wie ich überhaupt meinem Bedauern darüber Ausdruck geben muß, daß die Herren, welche sich vorzugsweise als Vertreter der Arbeiter bezeichnen, so wenig dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Ich habe es namentlich beklagt, daß bei dem die landwirthschaftlichen Arbeiter betreffenden Unfallversicherungsgesetz das Mitglied, welches der sozialdemokratischen Partei angehört, durch seine Abwesenheit glänzte. In der Kommission wäre ich sehr begierig gewesen, die näheren Gründe für den Antrag Kayser zu hören und, soweit ich mich überzeugt hätte, daß derselbe auf der Linie unserer Unfallversicherung sich bewegt, würde ich nicht abgeneigt gewesen sein, demselben das Wort zu reden. Es scheint mir aber, daß der Antrag eine fundamentale Abweichung vom Grundgedanken der Unfallversicherung enthält, welche es uns unmöglich macht, uns dafür zu entscheiden. Bisher sind wir davon ausgegangen, diejenigen Betriebe, welche mit einer Unfallgefahr verknüpft sind, dem Unfallversicherungsgesetz einzureihen, in der Absicht, daß im weiteren Ausbau dieser Gesetzgebung allmählich alle diejenigen Betriebe, die noch nicht eingereiht, aber der Versicherung ebenso bedürftig sind, von der Unfallversicherung befaßt werden sollen. Der Antrag Kayser bringt nun einen neuen Gedanken; er sagt nicht: die in den gefährlichen Betrieben beschäftigten Personen, z. B. die Feuerwehrleute, Gartenarbeiter u. s. w., sondern alle in dem Gewerbedienst beschäftigten Personen sollen unter das Gesetz fallen; er stellt also nicht die Gefährlichkeit eines Betriebes, sondern die Qualität des Arbeitgebers in den Vordergrund. Das ist grundfalsch und nicht zu akzeptiren. Ebenso gut wie der Abg. Kayser sagt: die Straßenkehrer der Gemeinde sollen unter das Gesetz fallen, kann ich das von allen Straßenkehrern sagen; denn ich sehe da nämlich die Fürsorge für den Fall der Verunglückung keinen Unterschied. Am meisten könnte ich mich noch für die Feuerwehrleute interessieren. Für die im Gemeindedienst beschäftigten Feuerwehrleute ist aber durch die Kommunalstatuten über die Pensionsverhältnisse bereits gesorgt; soweit sie aber Arbeiter sind, bestehen in vielen Orten Kassen zur Fürsorge für diese Feuerwehrleute. Ich glaube also, daß man unmöglich diesen Antrag annehmen kann, der lediglich das Kriterium des Gemeindebetriebs zu Grunde legt, alle diejenigen Tätigkeitszweige dagegen, welche sich auf derselben Linie bewegen, aber nicht auf Autorität einer Gemeinde betrieben werden, von der Unfallversicherung ausschließt. Soweit es sich um Gemeindebeamte handelt, wird eine Regelung im weiteren Ausbau dieser Gesetzgebung stattfinden. Das Gesetz, das in Ausarbeitung begriffen ist, beschränkt sich allerdings auf die Reichsbeamten. Aber es besteht die Hoffnung, daß, wenn dasselbe erst zu Stande gekommen sein wird, auch die Einzelstaaten und die Kommunen auf diesem Wege zu folgen geneigt sein werden. (Beifall rechts.)

Abg. Kayser: Der Herr Staatssekretär hat geglaubt, meiner Partei Vorwürfe machen zu können wegen ihrer Thätigkeit in der Kommission. Diese Vorwürfe können mich zunächst nicht treffen, denn ich war gar nicht Mitglied der Kommission, als der § 1 beraten wurde, sonst hätte ich damals schon eine weitere Ausdehnung der Unfallversicherung, wie ich sie heute beantragt habe, vorgeschlagen. Ferner ist es unrichtig, daß gerade bei den entscheidenden Sitzungen Mitglieder meiner Partei gefehlt haben. Ich habe kein Protokoll geführt über die Anwesenheit der Regierungskommissare in den Kommissionssitzungen, ich kann aber nur sagen, daß meine Fraktionsgenossen, die Mitglieder der Kommission waren, in derselben nur fehlten, wenn zu gleicher Zeit andere wichtige Kommissionssitzungen stattfanden, an denen sie sich betheiligten, oder wenn sie gezwungen waren, einmal nach ihrem gewerblichen Berufe zu sehen. Wir sind ja nicht in der Lage, wie die Herren von der anderen Seite, während der Zeit, wo wir hier im Hause anwesend sind, unsere Berufstätigkeit ganz und gar zu vernachlässigen. Dürfen bekommen wir nicht, wir sind arme Leute. Ich kann nur konstatiren, daß, wo etwas zu thun war, wir auch stets dabei gewesen sind, und zwar oft trotz der Bewußtheit, daß unsere Theilnahme an den Kommissionsberatungen fruchtlose Arbeit sein würde, weil wir uns von vornherein einer Koalition gegenübersehen. Ich muß deshalb entschieden den Vorwurf zurückweisen, als ob wir nicht stets das Nöthige gethan hätten. Im Gegentheil haben wir uns trotz der Schwierigkeiten, die uns im Wege standen, stets bemüht, etwas zu thun. In der Kommission ist uns das nicht gelungen, weil wir zu wenige sind, aber im Plenum werden die Verhandlungen öffentlich und unter dem Drucke der öffentlichen Meinung geführt. Der Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß für die Leute, welche ich in die Unfallversicherung einbeziehen will, ja bereits Kassen vorhanden seien. Das hat mich aber raskat, denn das haben ja sonst die Freistatigen geltend gemacht. Es ist übrigens Thatsache, daß in einer ganzen Reihe von Städten, in Leipzig, in Dresden z. B., für die Personen, welche ich jetzt unter die Unfallversicherung zu stellen beantrage, freie Kassen nicht existiren. Wie werden also namentlich die Feuerwehrleute geschützt, deren Thätigkeit Niemand für gefahrlos halten wird? Mein Vorschlag verfährt auch nicht gegen den Grundgedanken des Unfallversicherungsgesetzes. Der Herr Staatssekretär stellt sich mit dieser Behauptung in Widerspruch mit den Grundgedanken des Reichstags. Es kommt gar nicht darauf an, in wessen Diensten die betreffende Person steht, sondern ob sie im Dienst gefaßt ist oder nicht. Wenn ich jetzt der Gemeinde die Verpflichtung auferlegen will, ihre Bediensteten gegen Unfälle zu versichern, so paßt das durchaus in den Rahmen des Gesetzes. Weshalb sollen wir mit diesem Schritte warten? Freilich, bei den Hölten hat man größere Eile. Es fehlt der Vorlage der große große Bug, man will den Risiken nur allmählich abdecken. Ich würde die Unfallversicherung gern auf alle Straßenkehrer ausdehnen, aber vorläufig wollen wir nur die der Gemeinden versichern, um zu konstatiren, daß, wer im Dienste einer Gemeinde steht, auch ein Recht auf ihre Unterstützung hat. Wer eine feste Anstellung besitzt, wie das bei der Feuerwehr der Fall ist, der soll auch unter das Unfallversicherungsgesetz gestellt sein.

Abg. v. Raibahn-Galy: Herr Kayser wirft uns vor, die allgemeine Regelung der Arbeiterunfallversicherung verzögert zu haben; aber auch sein Antrag bezieht sich nur auf einzelne Kategorien, auf die im Gemeindedienst stehenden Arbeiter. Er behauptet, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in der Kommission keine Koalition zu sachlicher Diskussion gehabt, weil sie sich einer Koalition gegenüber befunden; aber das Gegentheil davon ist die Wahrheit. Ich konstatire, daß gerade bei den entscheidenden Beratungen über ein Gesetz, das so wie dieses im Interesse der arbeitenden Klassen liegt, die Mitglieder der Partei, welche der Wahrheit entgegen für sich die Vertretung jener



und nach dem Rathe des Kommissionsvorsitzenden...  
die Probe auf ihren § 1; er wird in keiner Weise...  
Abg. v. Huene: Eine fingierte Grundsteuer für die fiskalen...  
Grundstücke giebt es bei uns längst, die Kreise erheben...  
von dieser fingierten Steuer ihre Zuschläge. Der § 3...  
sein Kommissionsgraph, wohl aber ist der Antrag Wehr ein...  
Grund- und Gebäudesteuer geben kein Bild von...  
absoluten Leistungsfähigkeit, es muß also durch eine Korrek-...  
tur die Bedürfnisse in Rechnung gezogen werden, und...  
das geschieht am besten durch die Heranziehung der Be-...  
weisungsfähigkeit der Grundbesitzer für die Schul- und Armenlast...  
nach dem Maßstabe der Grund- und Gebäudesteuer allein zu...  
weisen, wäre ungerechter, als jeder andere Verteilungsmaß-...  
stab sein könnte. Protestieren muß ich gegen die Ausführungen...  
des Kommissionsvorsitzenden bezüglich der Armenpflege; in dieser Beziehung...  
ich vollständig auf dem Boden des Vorredners. Schließlich...  
ich bei dieser Gelegenheit der Regierung das Kommu-...  
nalschulgesetz in Erinnerung, das der Roth des Ostens...  
in einem bedeutenden Theile abheilen würde, und über dessen...  
Sachlage wir seit seiner Annahme im Landtage nichts gehört...  
haben. Die Fläche als Verteilungsmaßstab ist nach unserer...  
Ansicht ganz unannehmbar; die Großgrundbesitzer des...  
Landes werden das Odium eines solchen Beschlusses nicht auf...  
sich nehmen wollen. (Widerspruch rechts.) Für uns würde...  
die Annahme des Gesetzes unmöglich.  
In der Abstimmung gelangt der § 3 unverändert nach...  
den Kommissionsvorschläge zur Annahme.  
Darauf wird um 4 Uhr die weitere Beratung bis Sonn-...  
abend 11 Uhr vertagt.

### Serrenhaus.

13. Sitzung vom 1. Mai, 1 Uhr.  
Am Ministertische: v. Püttlamer und Kommissarien.  
Am 4. April ist der Domprobst Dr. Holzer gestorben;  
die Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen, um sein Andenken  
zu ehren.  
Eingegangen ist die Landgüterordnung für die  
Provinz Schleswig-Holstein, die der bereits zu  
Anfang der Session für diesen Gesentwurf gewählten Kom-  
mission überwiesen wird.  
Der Bericht der Staatsschuldenkommission  
über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rech-  
nungsjahre 1883/84 wird in Schlussberatung erwidert.  
Der Gesentwurf, betreffend die Dotation der Amts-  
stände in den hohenzollernschen Landen,  
wird ohne Debatte angenommen und die Denkschrift über die  
Erklärung des Belagerungszustandes für den  
Kreis Bielefeld und die Amtsgemeinde  
von der Baum-Sandhagen durch Kenntnisknahme für  
erklärt.  
Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Kleine Vor-  
reden.)

### Lokales.

Wenn man eine der Normal-Staats-Deputation von  
der Schul-Deputation vorgelegte Tabelle einseht, so gewinnt  
man einen recht interessanten Ueberblick über die Zunahme der  
Schüler der Gemeindeschulen und Lehrerinnen seit 1. Jan. 1884.  
Es ergibt sich daraus, wie sehr die Gemeindeschulen sich aus-  
dehnen haben, zugleich aber, daß es nicht leicht gewesen sein  
wird, die erforderlichen Lehrkräfte zu gewinnen. Die in Paren-  
thesen stehenden Zahlen geben dabei die Zunahme gegen das  
Vorjahr. Am 1. Januar 1874 waren an Lehrerstellen vorhan-  
den 693, 1875 766 (73), 1876 810 (44), 1877 861 (51), 1878  
916 (55), 1. April 1879 968 (52), 1880 1029 (61), 1881 1110  
(81), 1882 1201 (91), 1883 1301 (100), 1884 1409 (108) und  
1885 1520 (111). Die Zahl der Lehrerstellen hat sich hiernach  
seit 1. Januar 1875, also in zehn Jahren verdoppelt. Die  
Zahl der Stellen der Gemeindeschulen betrug 1. Januar  
1874 161, 1875 220 (59), 1876 257 (37), 1877 310 (53), 1878  
343 (43), 1. April 1879 386 (43), 1880 461 (75), 1881 518  
(57), 1882 577 (59), 1883 665 (88), 1884 707 (42) und 1885  
784 (77). Die Zahl der Lehrerinnen-Stellen ist mitbin auf  
mehr als das Dreifache in zehn Jahren gestiegen.  
Ein häßliches Konkurrenzmandat hat für zwei Di-  
rektoren einer hiesigen Versicherungsgesellschaft, deren einer  
Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses ist, einen langen  
Kampf und endlich die Beurlaubung zu je 150 M. Geldbuße  
zur Folge gehabt. Im April 1883 erschien in der „N. N. Z.“  
ein von einem angeblichen Heint. Ruft in Reudorf ausgehendes  
Anzeige, in welchem die Norddeutsche Hagelversicherungsgesell-  
schaft beschuldigt wurde, einen falschen Rechnungsabschluss auf-  
gestellt und veröffentlicht zu haben, zugleich erhielten mehrere  
Mitglieder des Verwaltungsraths der genannten Gesellschaft  
Briefe, welche mit „Heinrich Ruft“ unterzeichnet waren und  
in welchen Beschuldigungen in noch schärferer Form wiederholten.  
Die Untersuchungen ergaben, daß ein Heint. Ruft in Reudorf  
existirt, so lag es nahe, in dem Inserate und den Briefen  
einer in ihren Mitteln nicht wählbaren Konkurrenz-  
gesellschaft, und nach vielen Bemühungen gelang es auch, als  
Herausgeber des Inserats und Schreiber der Briefe einen  
Person zu ermitteln, der im Laufe des Verfahrens angab, daß  
sein Schwiegervater, der Direktor der Hagelversicherungsgesell-  
schaft in Deutschland, Nicht der Urheber von Inserat und Briefen  
sei, und dieser wiederum bezeichnete seinen Kollegen Köhne als  
Herausgeber. Alle drei wurden von der Norddeutschen Hagel-  
versicherungsgesellschaft belangt und vor einigen Tagen vom  
Landgericht endgültig zu der oben mitgetheilten Strafe ver-  
urtheilt. So berichtet die „N. N. Z.“, sie vergißt aber hinzu-  
zufügen, daß Herr Köhne Vertreter der beiden preigniger Kreise  
im Abgeordnetenhause und Mitglied der freikonserativen Frak-  
tion ist, zugleich aber in der Berliner Antisemitischen Bewegung eine  
Rolle spielt und, so viel wir wissen, dem neuen Central-Wahl-  
komitee der Konservativen angehört.  
In großer Gefahr schwelgte heute Vormittag ein Herr,  
welcher gegen 9 Uhr das Trottoir vor dem Hause Komman-  
dantenstraße 23, Ecke der Alten Jakobstraße, passirte. In der  
ersten Etage werden die Wohnräume renovirt und einer der  
beschäftigten Arbeiter war so unvorsichtig, beim Heraus-  
nehmen eines Fensters dasselbe fallen zu lassen. Dasselbe fiel  
gerade dem gedachten Herrn auf den Kopf, und nur dem Um-  
stande, daß er mit einem widerstandsfähigen Zylinderhut be-  
deckt war, ist es zu verdanken, daß der Herr mit einer verhält-  
nismäßig sehr geringen Verletzung davongekommen ist. Die  
Lage des herabfallenden Fensters schlug dem Herrn nur etwa  
1/2 Zoll von der linken Schläfe entfernt ins Gesicht und so  
schon sehr leicht ein größeres Unglück entstehen können.

### Gerichts-Zeitung.

P. Auf der Tour nach Holland, wohin der kaum  
10-jährige, aus Stuttgart gebürtige Knabe Karl August Burt  
wegen verschiedener hier und in der Umgegend verübter Ver-  
brechen und Spitzbübereien zu flüchten gedachte, traf derselbe  
zufällig auf dem Bahnhofe in Wesel mit einem Verurtheilten  
Kamens Wittib zusammen, dessen vorläufige Verhältnisse  
ihm bekannt waren. Dessen Begegnung bot nun dem Holland-  
gänger eine günstige Gelegenheit, noch bevor er die deutschen  
Grenzen verließ, einen neuen Schwindel zu inszenieren, welcher  
bei ihm in seinem Beutel abheilen sollte. Zu diesem Zweck  
ließ er eine an den in Wismar wohnhaften Vater seines  
Schwagers gerichtete Depesche vom Stapel, inhaltlich deren  
inhaltliche Einsetzung von 40 M. an Blettböcker jun. gefordert  
wurde. Die Depesche war von Burt mit der Namens-  
nachricht seines Kollegen versehen worden; der Name war  
jedoch unrichtig geschrieben. Dieser letztere Umstand nun  
führte die Entdeckung des beabsichtigten Schwindels herbei.

Als Blettböcker senior beim Lesen der Depesche die unrichtige  
Namens-Nachricht gelesen, ließen ihm Anfangs Zweifel auf  
ob der Dispositionsfähigkeit seines Sohnes; er weigerte sich  
daher, dem im Telegramm ausgesprochenen Wunsche nachzu-  
kommen und unterließ die Einsetzung der qu. Summe, da  
er mit Recht annahm, daß die Unterchrift gefälscht sein müsse.  
Die Beamten des qu. Telegraphen-Amtes in Wesel bewirkten  
nunmehr die sofortige Verhaftung des Schwindlers, als der-  
selbe an dem Schalter erschien um das erwartete Geld abzu-  
holen und auf gefälschte Aufforderung als Blettböcker junior  
sich nicht legitimiren konnte. Auf der Polizei entdeckte man  
ganz bald, wem guter Fang gemacht worden war. Burt  
wurde zunächst an das Gefängnis zu Rixdorf aus-  
geliefert und dort im Februar d. J. wegen eines anderweitigen  
Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt, die er  
gegenwärtig in Bingensee verbüßt. Von dorther vorgeführt  
erschien Burt am 1. d. M. vor der 2. Strafkammer, um sich  
wegen des obengedachten Schwindels und wegen Betruges,  
Urkundensäufung und Einbruch-Diebstahls in je 2 Fällen zu  
verantworten. Es war ein ganzes Sündenregister, dessen der  
Angeklagte sich schuldig bekannte. — Am 4. Oktober v. J. er-  
schien der Angeklagte bei seinem früheren Prinzipal, dem Musik-  
Direktor Schumann in Brüg mit der Bitte, ihm 1 Tuba zu  
leihen, da er an demselben Tage noch ein Konzert geben wolle,  
bei dem die Söhne des Schumann mitwirken könnten. Herr  
Schumann hatte das verlangte Instrument daraufhin dem Burt  
geliehen und auch die beiden Söhne fanden sich zur Zeit an  
der zur Abhaltung des Konzertes von Burt bezeichneten Stelle  
zur festgesetzten Stunde pünktlich ein. Sie mußten aber nach  
langem Harten misgestimmt nach Hause gehen, die beiden  
Müßig, und ihrem Vater mittheilen, daß Burt mit dem gelie-  
henen Instrument wahrscheinlich durchgebrannt sei. Dem war  
auch so; als richtiger Ruffuß hatte Burt aber mit dem Tuba  
allein sich nicht begnügt, sondern auch noch unter ähnlichem  
Vorwande von der Mutter eines Kollegen in Rixdorf sich eine  
Geige erschwindelt und hinterher beide Instrumente zum Pfand-  
leiher getragen. Mit dem Erlöse aus seinen Schwindeleien  
machte Burt darauf einen Absteher nach Neu-Ruppin, woselbst  
er auf den Namen seines früheren Prinzipals Schulden  
machte. Aber auch das Meiste der Eindrücke war  
dem Jüngling schon geläufig. In Neustadt a. D.  
erbrach er einen seinem Prinzipal, dem Musik-Direktor Malahn,  
gehöriges Koffer, entwendete daraus in barem Gelde 130 M.  
und verschwand darauf unter Mitnahme eines Winter-Ueber-  
ziehers sowie anderer Kleidungsstücke. Ferner entwendete Burt  
seinem Logiswirth, Schuhmachermeister Bloch, Goldsachen im  
Werthe von 50 M., worunter sich ein goldenes Armband be-  
fand, das er einem Hausfräulein für 3 M. verkaufte. Selbst die  
armelige Habe eines Handwerksgehilfen verschmähte der Ange-  
klagte nicht. Der Staatsanwalt beantragte, nachdem der Ange-  
klagte ein umfassendes Geständnis abgelegt, zwei Jahre Zuchthaus,  
Ehroerlust und Polizei-Aussicht. Der Reichs Hof ging jedoch  
über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 2 Jahr 6 Monat  
Zuchthaus, 5 Jahr Ehroerlust und Polizei-Aussicht.

### Vereine und Versammlungen.

hr. Im Arbeiter-Bezirksverein der Friedrichstadt hielt  
am Donnerstag bei Ortweil der praktische Arzt Herr Dr. Stahn  
über „Die Verwerflichkeit der Giftheilslehre“  
einen von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenom-  
menen Vortrag. Er leitete seine Ausführungen mit dem Hin-  
weise auf die praktische Bedeutung ein, welche für die  
Bürger einer Stadt die Frage habe, ob von den zwei in der  
Wissenschaft der Medizin noch herrschenden entgegen-  
gesetzten Lehren diese oder jene die richtige sei, so die  
physiologisch begründete Lehre, welcher zufolge nur solche  
Stoffe als Heilmittel anzuwenden sind, welche vortheilhaft auf  
den menschlichen Organismus wirken, oder die Giftheils-  
lehre, welcher zufolge als Heilmittel vorzugsweise Gifte,  
d. h. Stoffe, welche erweisenermaßen auf den gesunden Orga-  
nismus schädlich, krankmachend und tödtend wirken, an-  
zuwenden sind. Redner betonte mit aller Entschiedenheit die  
Giftheilslehre. Derselbe beruhe auf dem uralten, bei den egypti-  
schen Priestern herrschend gemeynten Aberglauben, daß jede  
Krankheit von einem Gifte herrühre, der sich in dem Orga-  
nismus entwickelt habe, und daß den Wirkungen dieses Gift-  
stoffes durch ein härteres Gift entgegenzugesetzt werden müsse.  
Daß dieser Aberglaube seine verderbliche Herrschaft immer noch  
nicht ganz eingebüßt, beweise der Umstand, daß neben dem  
Strafgesetzbuch, welches jedem Bürger bei schweren Strafen  
verbiethet, einem Nebenmenschen ein Gift beizubringen, auch die  
„Pharmakopoea germanica“ immer noch offizielle Geltung hat,  
— ein Buch, in welchem Gifte als Heilmittel bezeichnet werden —  
welche den Kranken beizubringen die approbirten Ärzte das  
Privilegium haben. Eine Interpellation veranlaßte Herr Dr. St.,  
dem Aberglauben, der bei den „biedereren“ Tzoleten herrscht,  
doch die Bewöbnung an Arsenik gegen Vergiftung helfe, ent-  
gegenzutreten. Der Vorsitzende, Herr Pfeiffer, machte die An-  
wendung von dem Vortrage, daß man bei den Kommunal-  
wahlen nur für solche Männer eintreten dürfe, welche Gegner  
der Giftheilslehre sind, da ein Anhänger dieser verderblichen  
Lehre, Herr Dr. Stahn, bereits dazu designirt sei, zum Stadt-  
rath und Ober des städtischen Medicinalwesens gewählt zu  
werden. Zu „Kommunale“ nahm Herr Pfeiffer das  
Wort, um schon jetzt die Verdienste des St. hervorzu-  
heben, um dementselben die Arbeiterpartei seinem Bemühen,  
in der Friedrichstadt wieder gewählt zu werden, werde entgegen-  
wirken müssen. Weiter gab Herr Pf. seinem Bedauern darüber  
Ausdruck, daß den an den Magistrat gerichteten Petitionen,  
die Parlanlagen auf dem Leipziger Plage dem Publikum und  
den Kindern zugänglich zu machen, andere nachgefolgt sind, in  
denen der Magistrat darum gebeten wird, dies nicht zu thun.  
be. Ein unerwarteter Zwischenfall führte zu dem etwas  
rasch erfolgenden Schluß der öffentlichen Versammlung des  
Vereins für Reform der Schule und Erzie-  
hung, welche am Donnerstag, den 30. April, im königlichen  
Kaffee unter Vorsitz des Herrn D. Friederice statt-  
fand. Herr Dr. Huber aus München hielt einen leifällig  
aufgenommenen Vortrag über den Ultramontanismus und die  
Schule. „Dann wurde folgende Resolution zur Diskussion ge-  
stellt: „Die heutige, öffentliche Versammlung des Vereins für  
Reform der Schule und Erziehung hält es für verhängnißvoll  
für das deutsche Volk, daß der Kulturkampf mehr und mehr  
verlumpft; und erblickt einen heilsamen Ausgang desselben nur  
in der Trennung der Kirche vom Staat, und der Schule von  
der Kirche durch Herstellung einer konfessionslosen Schule.“  
In der Debatte machte nun ein Redner eine Bemerkung über  
das evangelische Priestertum und über die Feier des Fug-  
tages, oder vielmehr er war im Begriffe, eine solche zu machen,  
als der überwachende Polizeidame sich erhob, den Redner  
unterbrach und ihn — trotzdem der Vorsitzende und andere  
Herrn sich bereit erklärten, für den Redner jede Bürgschaft zu  
übernehmen — nach der Polizeiwache 22 zur Feststellung seiner  
Persönlichkeit abführen ließ, weil in den Worten eine Schmä-  
hung staatlicher Einrichtungen zu erblicken gewesen sei. Dieser Vor-  
gang verlegte die Versammlung in große Erregung, es bildeten  
sich Gruppen, welche das Ereigniß besprachen, und so bezieht  
sich der Vorsitzende nach einstimmiger Annahme der oben mit-  
getheilten Resolution gegen 11 Uhr diese letzte Zusammenkunft  
des Vereins vor den Sommerferien zu schließen.  
Der Streik in der Werkstatt des Herrn Duske  
Friedrichstr. 247 ist beendet. Herr Duske hat „prinzipaliter“,  
die 10stündige Arbeitszeit nicht bewilligt. Herr Duske mag  
die 9 Mann, wie er mit dem Schaden davon kommt, denn  
jetzt auch sehen, welche die Arbeit dort niedergelegt haben,  
die 9 Mann, welche die Arbeit dort niedergelegt haben,  
nehmen dieselbe bei 11stündiger Arbeitszeit nicht wieder auf.  
Wie schon früher bemerkt, wäre es dort gar nicht zum Streik  
gekommen, wenn nicht ein Kollege gemakregelst worden wäre,  
woburd sich die anderen gezwungen fühlten, weil der Be-  
treffende nicht wieder eingestellt wurde, die Arbeit ebenfalls  
niederzulegen. Von diesen 9 Kollegen haben 3 bereits ander-  
weitige Arbeit, und ersuchen wir die Kollegen Berlins, falls  
ihnen Balancen bekannt werden sollten, es dem Leiter der Be-  
wegung, Meibe, zu melden, damit er die Streikenden so  
schnell wie möglich unterbringen kann. Bemerkenswerth ist  
noch, daß die 4 Bauarbeiter des Herrn Duske die Streikenden  
in der Werkstatt zu erlegen suchen; unter ihnen ist auch  
ein Stellmacher und ein ehemaliger Schlossermeister, welcher  
selbst schon 12 Jahre das Szepter führte. Ob dieselben aber  
im Stande sind, recht großen Profit herauszuschlagen, ist eine  
andere Frage, besonders wenn man Submissionsarbeiten hat,  
welche das Risiko mit 23 Pf. bezahlt werden und noch nach  
außerhalb franko verschickt werden müssen. Kollegen, da uns  
in letzter Zeit von verschiedenen Seiten Verstärkten mit dem  
Ersuchen genant wurden, doch über dieselben den Streik zu  
verhängen, weil dort noch 11stündige Arbeitszeit und außerdem  
noch Ueberstunden gemacht werden, so machen wir hiermit be-  
kannt und weisen speziell auf unser letztes Flugblatt  
hin, daß wir einzelne Streiks vermeiden wollen. Wir bitten  
die Kollegen, doch so lange auszuhalten, bis wir den Zeit-  
punkt festgesetzt haben, an welchem die zehnstündige Arbeits-  
zeit über ganz Berlin eingeführt werden soll; vorher müssen  
wir jedoch gut informiert sein, damit wir wissen, mit wie viel  
indifferenten Kollegen wir bei einem allgemeinen Streik noch  
zu rechnen haben. Röze also ein Jeder in dieser Beziehung  
seine Schuldigkeit thun und seine Redensarten darüber auf-  
heben, daß es sowohl dem Meister als auch dem Gesellen lieb  
sein muß, eine oder zwei Stunden weniger zu arbeiten, wenn  
er das Gleiche verdienen kann oder vielleicht noch mehr. Wenn  
wir es erst so weit gebracht haben werden, daß alle arbeits-  
losen Schlossergesellen Berlins Arbeit haben, und damit das  
starke Angebot aufgehört hat, dann werden wir auch die  
Löhne besser reguliren können. Hauptsächlich machen wir auf  
die Werkstatt-Bezirks-Versammlungen aufmerksam, welche in  
nächster Zeit stattfinden, damit dieselben recht zahlreich besucht  
werden. Aber auch die öffentlichen Generalversammlungen  
bitten wir nicht zu vergessen und erwarten wir am nächsten  
Sonntag, an welchem die erste öffentliche Generalversammlung  
der Schlosser und Berufsgenossen in Moabit bei Herrn Wittig,  
Thurmstr. 42 a abgehalten wird, recht rege Theilnahme. Die  
Lohnkommission der Schlosser und Berufsgenossen Berlins.  
Eine große öffentliche Versammlung der Fabrik-  
und Bauarbeiter Berlins tagte am Dienstag, den 28. April  
in der „Urania“, Brangelstraße 9-10. Der Saal war bis  
auf den letzten Platz gefüllt, fast ungefähr 500 Personen  
anwesend waren. Die Herren Hildebrandt und Hildebrandt referirten  
über die Zustände in einzelnen Fabriken, Maßregelungen  
der Arbeiter, Fabrikordnungen und Uebergriffe einzelner  
Meister in denselben. Hierbei wurden nun wirklich haarsträu-  
bende Thatsachen ans Tageslicht gefördert. Namentlich wurden  
die Verhältnisse in der vor dem Schlesiens Thor gelegenen  
Anilinfabrik einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Ganz be-  
sonders wurde das Verhalten des in dieser Fabrik als Meister  
fungirenden Herrn Schlawitz getadelt. Wir müssen leider für  
heute von der Wiedergabe der gegen diesen Herrn vorge-  
brachten Anschuldigungen Abstand nehmen, vielleicht haben  
wir dazu später einmal Gelegenheit. — Auch aus anderen  
Fabriken wurden Thatsachen vorgebracht, die geradezu schau-  
selig genannt werden müssen. So wurde u. A. behauptet, daß  
die Arbeiterfrauen, während die Männer in der Fabrik seien,  
von den Meistern die unbilligsten Zumuthungen zu erdulden  
hätten. Ferner wurde als Thatsache hingestellt, daß manche  
Meister nur solchen Arbeitern Arbeit geben, die vorher eine  
bestimmte Summe zahlen können. — Auch die Verhältnisse in  
der Farbenholzschnitzerei und Gewürzmühle, Rendastr. 86,  
wurden von einigen Anwesenden scharf kritisiert. Schließlich  
gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die  
heutige öffentliche Versammlung der Fabrik- und Bauarbeiter  
Berlins erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten  
sowie anderer in der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation  
beschäftigten Arbeiter, welche in demselben Sinne sprachen,  
vollständig einverstanden, und ersucht das heutige Bureau der  
Versammlung, dem „Verein zur Wahrung der materiellen  
Interessen der Fabrik- und Bauarbeiter Berlins“ es anheim  
zu geben, die Direktion der Anilinfabrik zu ersuchen, den in  
jener Fabrik beschäftigten Meister Schlawitz zu entlassen.“  
Eine öffentliche Generalversammlung der Stell-  
macher fand am Mittwoch, den 29. April im Lokal des Herrn  
Scheffer, Inselstraße 10, unter Leitung des Herrn Hering statt.  
Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zur Ein-  
ladung des Innungs-Vorstandes betreffs der Wahl des Ge-  
sellen-Ausschusses. 2. Verschiedenes. Herr Hering wies dar-  
auf hin, daß die Einladungen zu den Wahlen an die Gesellen  
wie auch die Wahlen selbst, nicht mit dem Innungs-Statut in  
Einklang zu bringen seien, da laut § 35 des Innungs-Statuts  
jeder Geselle, der ein Jahr beim Innungs-Meister in Arbeit  
steht, wahlberechtigt ist und jeder, der das 25. Lebensjahr über-  
schritten hat, wählbar ist. Der Vorstand der Innung habe  
aber nur diejenigen Gesellen eingeladen, welche Mitglieder der  
Ortskrankenkasse sind; der Obermeister Schulz habe sogar vor  
Eröffnung der Versammlung jeden, der nicht Mitglied der  
Ortskasse sei, ausgeschlossen, das Lokal zu verlassen. Bei der  
Wahl selbst wurden drei Herren gewählt, welche nicht  
beim Innungs-Meister arbeiten, was dem § 35 des  
Innungs-Statuts widerspricht. Die Versammlung beschloß  
hierzu gegen diese Handhabung der Wahl einen Protest bei  
der hiesigen Gewerbe-Deputation einzubringen und wurden die  
hierzü ausgelegten Listen reichlich mit Unterschriften bedeckt.  
Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurden zwei Meister  
bei Namen genannt, welche sich die gegenwärtige Handlung zu  
Schulden kommen ließen, daß sie ihren Gesellen das von ihnen  
in die Ortskrankenkasse zu zahlende Kassengeld vom Lohn  
wieder abziehen. Auch gegen Herrn Weimann, Rendant von  
der Ortskrankenkasse, wurden mehrere Klagen vorgebracht, weil  
derselbe, wenn er einem Gesellen Arbeit giebt, sogleich auf  
dessen Arbeits-Kontrollschein bemerkt, welcher Kasse derselbe an-  
gehört. Schließlich wurde von mehreren Mitgliedern der  
Wunsch ausgesprochen, daß solche Mißstände möglichst öffent-  
lich an den Branger gestellt werden möchten, da dies das beste  
Mittel sei, dieselben aus der Welt zu schaffen.  
In der großen außerordentlichen General-Ber-  
sammlung der Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse  
der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen,  
welche von der Protekt-Kommission (Im Auftrage:  
H. Meyer) am 28. v. M. Vormittags in den „Wintergarten“  
des Central-Hotels einberufen worden war, hatten sich weit  
über 2000 Rassenmitglieder eingefunden. Von den derzeitigen  
Verwaltungsrathsmitgliedern war, wie konstatiert und „sehr  
bekräftigend“ gefunden wurde, außer Herrn Fahrenwald,  
Niemand, auch nicht Herr Wittig“ erschienen. Der Zweck  
der Versammlung war: Stellungnahme der Mitglieder zum  
neuesten, gegenwärtigen Stand der Verwaltungsangelegenheiten  
der ca. 23 000 Mitglieder umfassenden Ortskrankenkasse und Stier-  
kasse seit dem 1. Dezember 1884, hauptsächlich in Betreff des  
— wie bemerkt wird — in seinem ganzen Bestande  
bedrohlichen Fonds der alten Stierkasse der Maschinenbau-  
Arbeiter Berlins. Derselbe, im Betrage von 200 000 M., fiel  
bekanntlich nach den betreffenden Ausführungsbestimmungen  
zum neuen Arbeiter-Kranken-Versicherungsgesetz an die neue  
Ortskasse und wird mit dieser gemeinschaftlich verwaltet. Die  
Tagesordnung der Versammlung, zu deren Vorsitzenden die  
Herren H. Meyer und C. Gutheit gewählt wurden,  
lautete — nach dem gedruckt vorliegenden und zur Ver-  
theilung gelangten Einladungs-Programm —, wie folgt:  
„1. Die Erhöhung der Beiträge von 51 auf 63 Pf. pro Woche

und die für die Mitglieder daraus entstehenden Folgen. 2. Wäre die heutige Krankenkasse noch zahlungsfähig, wenn von dem 209 000 Mark betragenden Fonds der alten Sterbekasse nicht ausgezahlt würde. 3. Wollen wir Mitglieder uns dieses ohne dagegen zu protestieren, ruhig gefallen lassen? Hierüber führte als Referent der Versammlung Herr A. Meyer, der bekannte frühere mehrjährige Vorsitzende des Verwaltungsraths der (alten) Kranken- und Sterbekasse der Berliner Maschinenbauarbeiter u. s. w. unter oft sich wiederholendem, stürmischem Beifall der Versammlung, im Wesentlichen folgendes aus: Wie bei den durch das neue Arbeiter-Krankenversicherungs-Gesetz ganz beträchtlich erhöhten Leistungsverpflichtungen der Kasse ohne angemessene Erhöhung der Beiträge nur zu erwarten gewesen sei, habe der Wochenbeitrag von 51 Pfg. zur Bestreitung der Kassenausgaben für die Krankengelder u. s. w. schon sehr bald nicht mehr ausgereicht und die Verwaltung habe sich, wie man trotz der bekannten Geheimtuerie bereits im Februar erfahren, schon zu jener Zeit genöthigt gesehen, dem alten Sterbekassen-Fonds die Mittel zur Deckung der Krankenkassenbedürfnisse zu entnehmen. Trotzdem nun die Verwaltung schon in der Kassen-Generalversammlung am 16. März d. J., auf eine Interpellation des Redners (Herrn A. Meyer), diese Thatsache einzuräumen erzwungen gewesen und darauf von der Versammlung sofort ermächtigt worden sei, die Beiträge ganz nach Bedarf zu erhöhen, habe sie dennoch erst am 8. April d. J. einen zum Theil dahin zielenden Antrag gestellt, wonach der wöchentliche Beitrag von 51 auf 60 Pfg. erhöht, aber gleichzeitig das Krankenunterstützungsgeld von 9 auf 8 M. herabgesetzt werden sollte. Die Generalversammlung habe jedoch den Antrag auf Verminderung des Krankegeldes verworfen, und die Verwaltung abermals ermächtigt, die Beiträge beliebig und — wenn nöthig — selbst bis auf 72 Pfg. zu erhöhen. Darauf hin sei dann am 13. April der Verwaltungsraths-Beschluss gefasst worden, die Krankenunterstützung von 9 Mark ungeschmälert zu belassen und den Beitrag von 51 Pfg. auf 63 Pfg. zu erhöhen. Auf diesen, den Magistrat jetzt vorliegenden Antrag habe die Gewerbe-Deputation oder vielmehr Herr Stadt Syndikus Ebertz noch nicht entschieden. Die Folge dieser allerdings unvermeidlichen, aber noch nicht einmal ausreichenden Beitragserhöhung werde unter den gegenwärtigen gedrückten Lohnverhältnissen keine andere sein, als daß viele, gleichzeitig in mehreren Krankenkassen versicherte Mitglieder der Kasse, besonders die sogenannten „Diversen“ (welche daneben noch einer anderen Kasse angehören und ihre Beiträge selbstständig, ohne den Mittels-Zuschuß der Arbeitgeber zu zahlen) sich gezwungen sehen werden, aus der Ortskrankenkasse auszuscheiden. Hierdurch würden die Einnahmen und die Verhältnisse der Ortskassen sich „unkünftig“ nur noch ungünstiger gestalten und die dem alten Sterbekassen-Fonds drohenden Gefahren immer größere Dimensionen annehmen. Andererseits aber würden die jetzt aus der Ortskrankenkasse austretenden alten Mitglieder eoeni. — d. h. je nach Ausmaß der noch ausstehenden endgültigen Entscheidung in Betreff des alten Sterbekassenfonds — Gefahr laufen, hier langjährigen wohlverdienenden Rechte an die Sterbekasse ganz verlustig zu geben. Der Redner könne daher den betreffenden Kassenmitgliedern, ganz besonders den 7000 „Diversen“, nur dringlich rathen, vorläufig und bis zum Eintreffen einer letzten definitiven Entscheidung über die alte Sterbekasse noch nicht aus der Ortskasse auszuscheiden. Speziell über die alte Sterbekasse resp. deren Fonds und seine Verwaltung in der

neuen Ortskasse machte der Referent noch folgende Ausführungen und Mittheilungen: Von den insgesamt 23 000 Kassenmitgliedern, welche seit dem 1. Dezember 1884 Ansprüche auf Sterbegeld haben, werden bis jetzt nur die 6000 Mitglieder der Sterbekasse, welche der Ortskrankenkasse nicht angehört und unter denen sich auch 500 Frauen befinden, zur Zahlung von Sterbekassen-Beiträgen (mit monatlich 25 Pf.) herangezogen, wogegen die übrigen ca. 17 000 Mitglieder der Ortskrankenkasse seit dem 1. Dezember 1884 keine besonderen Sterbekassen-Beiträge zahlen. Dieser Kasse sei somit bis zum 1. April cr. ein Kapital von ca. 17 000 M. verloren gegangen. Und selbst wenn die selbstständige Verwaltung der Sterbekasse noch durchgeführt und die nachträgliche Einziehung jener Beiträge noch möglich werden sollte, verliere die Kasse für jenen Zeitraum die Zinsen jenes Kapitalbetrages. Auf unablässiges Drängen der Protekt-Kommission habe endlich am 4. April cr. die Verwaltung an das hiesige Polizeipräsidium eine Beschwerde über die betreffenden Erlosse der Gewerbe-Deputation in Sachen des alten Sterbekassen-Fonds etc. gerichtet und das Polizeipräsidium unter Hinweis auf die von der großen Kassenmitglieder-Versammlung am 8. Februar cr. im Louisenstädtischen Theater einstimmig gefasste Resolution gebeten, die Genehmigung des von der Verwaltung eingebrachten Status für eine selbstständige getrennte Verwaltung der Sterbekasse herbeiführen zu wollen. Jene Resolution erklärt bekanntlich, das Weiterbleiben des großen Fonds der Sterbekasse von der Ortskrankenkasse und die selbstständige Verwaltung der ersteren als im Interesse Aller liegend; ferner, daß die Kassenmitglieder in den letzterlassenen Verfügungen des Magistrats etc. eine Schmälerung ihrer Rechte erblicken und dieselben nicht in Einklang mit den bestehenden Gesetzen bringen zu können glauben, weshalb die Versammlung das lgl. Polizeipräsidium ersucht, die Befreiung der durch das Vorgehen der Gewerbe-Deputation hervorgerufenen und bereits über ein Jahr andauernden Klage der 23 000 Kassenmitglieder dadurch herbeiführen zu wollen, daß dem von der Verwaltung eingereichten, die fernere Existenzfähigkeit der Sterbekasse sicherstellenden Sterbekassen-Statut die amtliche Genehmigung erteilt wird. Dieser Resolution hat sich auch die neueste, am 13. März cr. stattgehabte Generalversammlung der 17 000 Krankenkassenmitglieder vertretenden 170 Delegirten voll und ganz angeschlossen. — Ein ähnliches, nur noch näher motivirtes Gesuch, wie das der Verwaltung, reichte unter Bezugnahme auf letzteres auch die Protekt-Kommission vom 14. April cr. beim Polizeipräsidium ein, worin dasselbe, als nächste staatliche Aufsichtsbehörde, gebeten wird, jene traurigen Kassenzustände durch Genehmigung des Sterbekassen-Statuts so schnell wie möglich beseitigen zu wollen. Das hiesige Polizeipräsidium habe, berichtet der Referent, sofort der Gewerbe-Deputation von den beiden Gesuchen und Beschwerden Kenntniß gegeben, worauf der Herr Stadt Syndikus Ebertz sich leucite, einer von ihm geleiteten Verwaltungsraths-Besitzung der Kasse zur Regelung der betreffenden Verhältnisse gewisse Vorschläge zu machen, da, wie Herr Dr. Ebertz dabei bemerkt habe, „von einer selbstständigen Sterbekassen-Verwaltung doch nicht die Rede sein könne.“ Nach seinen Vorschlägen wären diejenigen Mitglieder, welche schon vor dem 1. Dezember 1884 der Ortskrankenkasse angehört und 100 Mk. Sterbegeld zu beanspruchen haben, künftig mit einem Sterbekassen-Beitrag von monatlich 12 bis 15 Pf. beizuzahlen, dagegen den der Sterbekasse allein (aber nicht auch der Ortskrankenkasse) angehörenden Mitgliedern, die in langen Jahren wohlverdienende Rechtsansprüche auf 150 Mk. Sterbegeld aufzuweisen haben und bisher nur 25 Pf. monatlichen

Sterbekassen-Beitrag zu zahlen hätten, ein Monatsbeitrag von 40 Pf. aufzuerlegen. Das sei unbillig und dürfe nicht geschehen. Bei derselben letztverwähnten Gelegenheit habe Herr Dr. Ebertz auch geäußert, die Sterbekasse sei ihm als künftig nicht mehr lebensfähig bezeichnet worden, doch wolle er sich noch einmal von einem Sachverständigen sorgfältig prüfen lassen.“ Der ganzen Sachlage gegenüber, so schloß Herr Meyer, sei es unerlässlich, energisch und sofort zu handeln und die Protekt-Kommission mit allen Nachvollkommenheiten auszustatten, damit schleunigst getreitet werden könne, was zu retten ist. Er bitte deshalb die Anwesenden, sich hierzu auszusprechen und eröffne hiezu die Diskussion. Dieselbe wurde sehr animirt, verlief aber trotz der großen Bereitwilligkeit der Versammlung ohne jedwede Eödrung. Alle an der Diskussion betheiligenden Redner, besonders die Herren Gutheil, Albrecht, Bredow, Fahrenwald, Resfeler, Hoffmann u. A., sprachen sich durchweg im Sinne des Referenten aus. Auch nach der Versammlung einstimmig folgender, von Herrn Resfeler eingebrachten Antrag an: „Die heutige Versammlung beauftragt die Protekt-Kommission, in Sachen der Sterbekasse bezüglich der Sterbekasse die weiteren Schritte zu thun, die im nöthigenfalls das gerichtliche Verfahren einzuleiten.“

Die zu gestern Abend noch der „Urania“ (Wartenburgstraße 9-10) berufene Volksversammlung, in der die Abgeordnete des vierten Berliner Reichstags Wahlkreis, Herr Paul Singer, seinen Wählern über seine Thätigkeit im Reichstage Bericht erstatten wollte, ist in letzter Stunde gänzlich verfallen worden.

Fachverein für Schlosser und Berufsangehörigen. Versammlung Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Kaufmanns-Str. 77/79. Vortrag des Herrn Dr. Weidmann über die Aufnahme neuer Mitglieder. Diskussion. Rechtschreib- und Leseproben. Verschiedenes. Fragelasten. Zahl der erschienenen erwünscht.

Zwei große Versammlungen der Tischler finden Sonntag, Vormittag 10 Uhr, statt. 1. In Kelle's Salon, Wartenburgstraße 21. 2. In Rothacker's Salon, Zeitwitzerstr. 3. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Tischlergehilfen nothwendig.

Versammlung der Mitglieder der Krankenkasse der Metallarbeiter (G. H. Nr. 2) Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 10 Uhr, bei Kelle, Wartenburgstraße 21, oberer Saal. Buch legitimirt. Es wird zahlreiches Erscheinen ersucht.

Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Bauarbeiter Berlins, Montag, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kelle, Wartenburgstraße 21. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht über die mit der Direktion der Anilinfabrik vor dem Schlichter Thor gepflogenen Verhandlungen. 3. Die Wahrung der Interessen der Arbeiter. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Mitglieder werden aufgenommen.

Versammlung der Mitglieder der Central-Krankenkasse der Tischler u. s. w. Berlin F. Montag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr, bei Kurzmann's, Bergstr. 68. Tagesordnung: Vorschlag über Anträge und Verschiedenes.

Der Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen macht hierdurch bekannt, daß sein Arbeitslokal sich bei Frau Garcius, Sainemünderstraße 10 befindet.

## Theater.

**Königliches Opernhaus.**  
Heute: Sinfonie-Soiree.

**Königliches Schauspielhaus.**  
Heute: Magnetische Kuren.

**Deutsches Theater.**  
Heute: Die Geschwister.

**Bellevalliance-Theater.**  
Heute: Marguerite.

**Königliches Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**  
Heute: Der Großmogul.

**Central-Theater:**  
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.  
Heute: Der Walzer-König.

**Residenz-Theater:**  
Direktion Anton Anno.  
Heute: Zum drittleten Male: Der Kernpunkt. Hierauf: Die Schulmeisterin.

**Balthasar-Operetten-Theater:**  
Heute: Gillette.

**Louisenstädtisches Theater:**  
Heute: Currah Germania!

**Ostend-Theater:**  
Heute: Der fliegende Holländer.

**Wallner-Theater.**  
Heute: Die Leibrente.

**Victoria-Theater.**  
Heute: Sulfurina.

**Alhambra-Theater.**  
Heute: Die Juden von Worms.

Durch die Geburt eines munteren Jungen wurden hoch erfreut  
S. Biewald, Schankwirth,  
Berlin, d. 1./5. 1885. Anna Biewald geb. Wodziejska,  
948 Frankfurter Allee 143.

## Arbeitsmarkt.

Eine Frau zum Zeitungstragen wird verl. Andreasstr. 66. 957

**Arbeiter-Bezirksverein Glückauf.**  
Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 11 Uhr,  
in Konrath's Salon, Wasserthorstraße 68:  
Außerordentliche

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Anträge. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der wichtigen Tagesordnung halber ersucht Der Vorstand.

Sonntag, d. 3. Mai, Vorm. 10 Uhr, in Donath's Salon, Alt-Moabit 90:

## Große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

L. D.: Die deutschen Gewerksvereine im Lichte der englischen Trades Union's. Referent Stadt. Fritz Goerdt. Nege Betheiligung erwünscht. Der Einberufer.

## Bergschloßbrauerei Neue West Sonntag, d. 3. Mai 1885.

264. Ballonfahrt des Luftschiffers Herrn Richard Opitz mit seinem neuen Riesenballon Victoria. Füllung 1 Uhr. Ansfahrt 6 Uhr.

**Großes Militär-Concert,** ausgeführt von dem Musik-Corps des Garde-Regiments, unter Leitung des Musikdirektors Herrn R. W. Volksbelustigungen, Bal Champêtre, Marionetten Theater, elektrische Beleuchtung. Concert Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Näheres an den Säulen. Die Directoren

## Arb.-Bez.-Ver. der Rosenth. Vorst. Herren-Partie.

Sonntag, 3. Mai 1885:  
Die Mitglieder versammeln sich früh 9 Uhr in Gräy's Salon, Brunnenstraße 140. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

## Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- u. Dampf-Armaturen

Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 Uhr, in Grätwell's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Canitz über Lungenkrankheiten und deren Heilung. 2. Vierteljahr's-Abrechnung. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten etc. — Gäste haben Zutritt. Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand.

## Außere Louisenstadt Berlin A. Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 10 Uhr, findet in Wobihaupt's Lokal, Nanteuffelstraße 9, eine

## Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler

statt. Tagesordnung: Delegirten-Wahl und Statutenänderung. 980 Der Vorstand.

## Arbeiter-Bezirksverein der Draniensburger Vorstadt und des Weddings.

Montag, 4. Mai, Abends 8 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Oskar Kroh über: „Die Vermehrung der Sanitätswochen auf Kosten der Stadt.“ 3. Antrag auf Abänderung des Aitel's. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. 6. Fragelasten. — Gäste, die sich als Mitglieder einschreiben lassen, haben Zutritt. Einschreibegeld 30 Pf. Monatl. Beitrag 20 Pf. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ersucht um zahlreiches Erscheinen Der Vorstand.

## Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. H. Nr. 2)

(Filiale Berlin-Kirchhof). Sonnabend, den 2. Mai, Abends 9 Uhr, Berlinerstraße 951. Der Bevollmächtigte

## Deffentl. Versammlung der Ortskrankenkasse der allgem. Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen (fr. Meter)

findet nicht, wie angezeigt, Sophienstr. 15, sondern Freitag, den 3. Mai, Abends 10 1/2 Uhr, statt. — L. D.: Vortrag des Naturarzte's Dr. Canitz über das Wesen der Naturheilmethoden. — Die sowie Mitglieder werden dringend gebeten, zu erscheinen. Legitimation ist nicht nöthig. Fremde haben Zutritt.

## Fachverein der Tischler Mitglieder-Versammlung

Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, Neue Gränze 952. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Bischoff über Naturwissenschaften. Gäste können eingeführt werden. Der Vorstand.

## Roh-Tabak.

Breidwerthe Sumatra- und Java-Decken, wie bittet, blatt- und Einlage-Tabake empfehlen

## Bergemann & Donisch

952 C. Alexanderstr. 8.

## Zur geneigten Beachtung Invalidenstrasse 153 (Ecke Allee)

953 Max Schaefer

## Alte Stiefel f. Herren, Damen u. Kinder

956 Die Nr. 16 der humoristischen Blätter „Der wahre Jacob“ ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu